



V 6458 E

# STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 4

April 1974

Grafik des Monats: Umsätze der Unternehmen 1972

Aufsätze: Wirtschaftliches Wachstum 1973

Investitionen 1972

Umsätze 1972

Arbeitskräfte Landwirtschaft

Baumschulen

Kurzberichte: Industrielle Kleinbetriebe

Einzelhandelsumsätze

Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein  
Bibliothek  
Standort Kiel



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

# DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1972/73	1973/74	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt September bis Januar		
<b>INDUSTRIE<sup>1</sup></b>				
Produktionsindex	1962 = 100	178	190	+ 7
Beschäftigte	1 000	187	188	+ 0
Umsatz <sup>2</sup>	Mill. DM	1 382	1 553	+ 12
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	23	23	- 1
<b>BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT</b>				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	8,6	7,3	- 15
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 507	1 619	- 35
<b>HANDEL</b>				
Ausfuhr	Mill. DM	276,9	341,1	+ 23
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	219,1	257,1	+ 17
<b>VERKEHR</b>				
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 245	5 304	- 27
<b>PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)</b>				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	111,1	137,3	+ 24
Grundstoffpreise <sup>3</sup>	1962 = 100	111,9	127,9	+ 14
Erzeugerpreise <sup>4</sup>				
industrieller Produkte <sup>3</sup>	1962 = 100	118,0	127,7	+ 8
landwirtschaftlicher Produkte <sup>3</sup>	1961/63 = 100	118,5	122,0	+ 3
Lebenshaltung <sup>4</sup>				
insgesamt	1970 = 100	113,6	121,6	+ 7
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	112,9	119,2	+ 6
<b>GELD UND KREDIT</b>				
Bestand am Monatsende				
kurzfristige Kredite <sup>5</sup>	Mill. DM	4 459	5 049	+ 13
mittel- und langfristige Kredite <sup>6</sup>	Mill. DM	15 766	17 683	+ 12
Spareinlagen	Mill. DM	7 131	7 508	+ 5
<b>STEUERAUFKOMMEN</b>				
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer <sup>7</sup>	Mill. DM	101	94	- 7
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	76	92	+ 21
Lohnsteuer	Mill. DM	165	196	+ 18
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	232	273	+ 18

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke    2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer  
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer    4) alle privaten Haushalte    5) an die Nichtbankenkundschaft  
6) an die Nichtbankenkundschaft; einschließlich durchlaufender Kredite    7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer

INHALT 4/74

	Seite
Aktuelle Auslese . . . . .	73
Aus dem Inhalt . . . . .	74
Aufsätze	
Wirtschaftliches Wachstum 1973 . . . . .	75
Investitionen in der Industrie und im Baugewerbe 1972 . . . . .	78
Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1972 . . . . .	81
Arbeitskräfte in der Landwirtschaft . . . . .	89
Die Produktionsentwicklung in den schleswig-holsteinischen Baumschulen .	92
Kurzberichte	
Industrielle Kleinbetriebe 1973 . . . . .	94
Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Jahre 1973 . . . . .	95
Grafik des Monats . . . . .	84
Beilage	
Wirtschaftskurven B (Industrie) . 3. Umschlagsseite	

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten  
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

# Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

## Heft 9/10 - 1973

Zur Bildungswanderung der Studenten  
Abiturienten-Berufswünsche ohne Studium  
Kraftfahrzeugbestand  
Gestorbene 1971  
Erwerbsobstbau

## Heft 11/12 - 1973

Erwerbstätigkeit (Teil 2)  
Beschäftigtenstruktur Industrie  
Kooperation in der Landwirtschaft  
In eigener Sache

## Heft 1/1974

Bruttoinlandsprodukt, Kreise  
Betriebssysteme Landwirtschaft  
Auftragslage im Baugewerbe

## Heft 2 / 1974

Zur Reallohnentwicklung  
Zur Getreideernte 1973  
Güterumschlag in den Häfen  
Kapitalgesellschaften  
Lohnsteuerpflichtige

## Heft 3 / 1974

Bruttoinlandsprodukt  
Fachhochschulstudenten  
Bauhauptgewerbe  
Vermögensteuer



# STATISTISCHE MONATSHEFTE

## SCHLESWIG - HOLSTEIN

26. Jahrgang · Heft 4

April 1974

### Aktuelle Auslese



**Erstmals seit 1958  
ein geringer Bevölkerungsrückgang**

Am 31. 12. 1973 lebten – nach der Bevölkerungsfortschreibung – in Schleswig-Holstein 2 579 598 Einwohner, 412 weniger als Ende November 1973. Der Sterbeüberschuß (mehr Gestorbene als Lebendgeborene) konnte im Dezember 1973 erstmals nicht durch den Wanderungsgewinn (mehr Zuzüge als Fortzüge) ausgeglichen werden. Diese geringe Bevölkerungsabnahme kann u. a. durch die Rückreise ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimat zum Weihnachtsfest bedingt gewesen sein.



**Neues Rekordergebnis im Wohnungsbau**

1973 wurde in Schleswig-Holstein zu einem neuen Rekordjahr im Wohnungsbau. Mit 35 246 fertiggestellten Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden wurde die Bauleistung des Vorjahres (31 546) noch um 11,7 % übertroffen. Der Wohnbau war daran mit 33 040 Wohnungen in 12 071 neu errichteten Wohngebäuden beteiligt. 89,3 % der fertiggestellten Wohngebäude waren Ein- oder Zweifamilienhäuser. In den 1 288 Mehrfamilienhäusern mit drei und mehr Wohnungen wurden 21 048 Wohnungen gezählt. Das Rekordergebnis kommt nicht unerwartet, war doch aus 1972 ein Bauvorrat von 45 889 zum Bau freigegebenen Wohnungen in das Baujahr 1973 übernommen worden. Dennoch fiel das Ergebnis höher aus als erwartet. Besonders das letzte Vierteljahr übertraf mit der Zahl seiner Fertigstellungsmeldungen den entsprechenden Wert von 1972 um 17,6 %. Ein Blick auf die rückläufige Zahl der Baugenehmigungen und auf den gerin-

geren Bauvorrat zeigt, daß dieses Bauergebnis zumindest in naher Zukunft nicht mehr erreicht werden wird.



**Zunahme der Kfz: 0 %**

Am 1. Januar 1974 gab es in Schleswig-Holstein 839 000 zulassungspflichtige Kraftfahrzeuge. Gegenüber der letzten Zählung davor, am 1. Juli 1973, sind dies nur 2 700 mehr, was eine Zunahme in diesem halben Jahr von weniger als einem halben Prozent bedeutet. Im 2. Halbjahr 1973 war die Zahl der Neuzulassungen so gering wie lange nicht. Im 1. Halbjahr 1973 war der Bestand noch um 28 000 oder 3 % gewachsen. Den Löwenanteil stellen mit 707 000 die Pkw; die nächststärksten Gattungen sind mit 71 000 die Zugmaschinen, mit 45 000 die Lkw und mit 39 000 die Anhänger, während Sonderkraftfahrzeuge (8 300), Krafträder (6 600) und Omnibusse (2 000) noch einmal stark abfallen.



**Kommunaler Schuldenstand  
auf 2,56 Mrd. DM angewachsen**

Die Schulden der schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1973 auf 2,56 Mrd. DM. Sie sind gegenüber 1972 um 275 Mill. DM oder 12 % angewachsen. Hauptgläubiger der Kommunen sind die Kreditinstitute mit 1,9 Mrd. DM. Die Schulden aus Kreditmarktmitteln sind um 248 Mill. DM oder 15 % gestiegen. Von geringerer Bedeutung sind die Schulden aus öffentlichen Sondermitteln mit 283 Mill. DM (+ 13 %) und die Schulden bei Gebietskörperschaften mit 356 Mill. DM (– 2 %).

# Aus dem Inhalt

## Wirtschaftliches Wachstum 1973 Seite 75

Das Bruttoinlandsprodukt 1973 lag mit 31,4 Mrd. DM um 11,9 % über dem Wert für 1972 (Bewertung in jeweiligen Preisen). Real erreichte der Zuwachs bei 6,4 % Preissteigerung nur 5,2 %. Den höchsten Beitrag unter den Wirtschaftsbereichen leistete mit einem Anteil von 42 % (nominal) das warenproduzierende Gewerbe; hier sind die Preise gegenüber dem Vorjahr nur um 3,9 % gestiegen. Die Entwicklung war beim drittstärksten Bereich, den Dienstleistungen (16 % Anteil) mit + 17 % nominal und 7,4 % real am erfreulichsten. Auch beim Bereich Staat war der Zuwachs mit + 15,4 % und + 4,2 % sehr kräftig, die Preiskomponente mit + 10,7 % die stärkste von allen Bereichen. Die Landwirtschaft erlebte bei vergleichsweise bescheidenem Preisanstieg real einen Rückgang um 0,3 %.

## Investitionen 1972 Seite 78

825 Mill. DM investierten 1972 die im Lande liegenden Industriebetriebe, 3 % mehr als im Vorjahr, während die einschlägigen Preise um 4 % gestiegen sind, so daß das reale Investitionsvolumen sogar leicht zurückging. Dies gilt jedoch nur für die Summe. Die nominalen Investitionszunahmen um 10,9 % bei Maschinen und um 24 % bei unbebauten Grundstücken bedeuten trotz der Preisanstiege auch reale Zunahmen, und nur bei Gebäuden, die ein Viertel aller Investitionen ausmachten, trat der Rückgang ein (- 16,3 %). Die Investitionssumme je Beschäftigten, im Durchschnitt 4 327 DM, erreichte in den verschiedenen Industriezweigen sehr verschiedene Werte. Unter den Kreisen steht Steinburg (93,5 Mill. DM) an der Spitze, während der Wert je Beschäftigten mit 13 500 DM in Dithmarschen am höchsten war. Im Baugewerbe stiegen die Investitionen gegenüber 1971 um 4 %. Unter den 1 500 Industriebetrieben haben 100 Investitionen für den Umweltschutz gemeldet, und zwar für 20 Mill. DM, das sind 7 % in diesen Betrieben.

## Umsätze 1972 Seite 81

59 400 Unternehmen erzielten 44,2 Mrd. DM Umsätze, das sind 744 000 DM je Steuerpflichtigen. 41,1 Mrd. DM des Umsatzes waren steuerpflichtig, darunter 28,3 Mrd. DM mit dem Steuersatz von 11 % und 12,6 Mrd. DM zu 5,5 %. Gegenüber 1970 ist die Zahl der Unternehmen u. a. vor allem im Einzelhandel gesunken, im Baugewerbe gestiegen. Stärkster Wirtschaftsbereich sind nunmehr die Dienstleistungen. Am Umsatz gemessen dominiert nach wie vor der Großhandel mit 27 %. Der Anteil der Industrie ist, z. T. infolge zunehmender Verflechtung nach außerhalb des Landes, leicht auf 25 % gesunken, der des produzierenden Handwerks auf 15 % gewachsen. Die Besteuerung erbrachte ein Umsatzsteueraufkommen von 3,8 Mrd. DM, das bei einem Vorsteuer-Abzug von 3,0 Mrd. DM zu einer Zahllast von 828 Mill. DM führte. Das sind 1,9 % des Umsatzes, es waren 1970 noch 1,7 % und 1968 erst 1,4 % gewesen. Die Umsatzveränderung seit 1971 wird anhand der "paarigen

Fälle" untersucht, sie betrug + 8,3 % im Mittel. Die Energiewirtschaft führte mit + 17,6 %, die verarbeitende Industrie kam nur auf + 5 %.

## Arbeitskräfte Landwirtschaft Seite 89

Die Zahl der Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft ist von 1970 bis 1972 um fast 15 % auf 76 000 Personen gefallen. Die Abnahme war stärker als in früheren Perioden und betrifft Familienangehörige und -fremde, Männer und Frauen in etwa gleichem Maße. Sie bedeutet auch keine Verschiebung etwa von Voll- zu Teilbeschäftigung und sie findet sich ebenso bei der Untergruppe der voll mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigten (also ohne Haushalt). Der Arbeitskräftebesatz hat zwar in den meisten Größenklassen ständig abgenommen, im einzelnen gibt es jedoch charakteristische Unterschiede. Die Verluste konzentrieren sich auf die über 45jährigen und die unter 25jährigen bei den Inhabern und ihren Angehörigen und zusätzlich die 30- bis 40jährigen bei den familienfremden Arbeitskräften.

## Baumschulen Seite 92

Baumschulen und Zierpflanzenbau nehmen nach dem Produktionswert im schleswig-holsteinischen Gartenbau die ersten Plätze ein. Sie wuchsen in den letzten Jahren, während der Obst- und der Gemüsebau schrumpften. Die Verkaufserlöse der Baumschulen erreichten 1972/73 fast 170 Mill. DM, das sind nahezu 18 % der Verkaufserlöse für pflanzliche Erzeugnisse. Gegenüber dem Vorjahr sind sie um 29 % gestiegen, worin allerdings eine starke Preiskomponente steckt. Andererseits verlagerte sich die Produktion auf wertvollere Pflanzen- und Anzuchtarten. Nach wie vor ist Schleswig-Holstein das bedeutendste Baumschulland der Bundesrepublik.

## Industrielle Kleinbetriebe Seite 94

Die Zahl der Kleinbetriebe, also der industriellen Produktionsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten, ist seit 1957 von 1 500 auf 1 000 zurückgegangen. Am 30. 9. 1973 hatten sie 4 500 Beschäftigte (einschließlich Inhaber) und einen Septemberumsatz von 44 Mill. DM, das sind 2,3 % und 3,1 % der gesamten Industrie bei einem Anteil von 38 % an den Betrieben. Der Umsatz je Beschäftigten kann in den Kleinbetrieben merklich größer sein als in den anderen

## Einzelhandelsumsätze Seite 95

1973 waren die Einzelhandelsumsätze um 7,1 % größer als 1972. Überdurchschnittlich stiegen sie u. a. bei Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen, einen Umsatzrückgang gab es bei Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen. Der jährliche Verlauf der Einzelhandelsumsätze zeigt immer wieder die gleichen Höhen und Tiefen, die von Weihnachten, Ostern, der Urlaubszeit und den dazwischenliegenden umsatzärmeren Zeiten geprägt sind.



# Wirtschaftliches Wachstum 1973

Im Rechenverfahren der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird versucht, einerseits den Wünschen nach Aktualität möglichst gerecht zu werden und andererseits durch Einarbeitung aller durch statistische Erhebungen zusammengetragenen wirtschaftlichen Daten einen hohen Grad der Genauigkeit in der Darstellung des wirtschaftlichen Geschehens zu erreichen. Der Wunsch nach Aktualität konkurriert aber mit dem Bestreben nach Genauigkeit. Deshalb wurde das Rechenverfahren in mehrere Abschnitte zerlegt. Erste abgesicherte Werte können erstellt werden, wenn für das abgelaufene Jahr eine Reihe von Wirtschaftsdaten wie Erntemengen in der Landwirtschaft und Umsätze der Industrie und des Handels vorliegen. Damit wird eine Fortschreibung der letzten originär berechneten Werte nach der Methode der symptomatischen Reihen ermöglicht. Das Resultat dieser Berechnungen sind die hier vorgelegten ersten vorläufigen Ergebnisse, die nach fünf Wirtschaftsbereichen dargestellt und jährlich im April bekanntgegeben werden.

Für die Vorjahre wurde inzwischen der Grad der Genauigkeit durch Heranziehung weiterer auch für kleinere Teilsektoren der Wirtschaft vorliegende Daten erhöht. Diese Verfahrensweise hat für den Konsumenten zweifellos den Nachteil, daß sich die Werte für das Bruttoinlandsprodukt mehrfach im Zeitablauf ändern und immer geprüft werden muß, welche Zahlen im Augenblick der Verwendung Gültigkeit haben. Zur Zeit sind die Werte des Bruttoinlandsprodukts für die Jahre 1969 bis 1972 neu berechnet und im Statistischen Bericht P I 1 - 15 veröffentlicht worden.

## Durchschnittliches Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein

Nach den ersten vorläufigen Ergebnissen wurde 1973 in Schleswig-Holstein ein Bruttoinlandsprodukt von 31,4 Milliarden DM erzielt. Damit lag der Wert um 3,3 Milliarden DM oder 11,9% über dem Ergebnis des Jahres 1972. Das bedeutet wiederum, daß bei einer Zuwachsrate im gesamten Bundesgebiet von 11,6% in Schleswig-Holstein eine überdurchschnittliche Leistung erbracht wurde. Allerdings können neben den drei Stadtstaaten auch noch das Saarland, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eine höhere Zuwachsrate aufweisen, so daß trotz überdurchschnittlicher Leistung nur ein guter Mittelplatz erreicht werden konnte. Das liegt daran, daß die Zuwachsraten der Länder, wenn man einmal von den drei Stadtstaaten und dem Saarland

absieht, nur geringfügig um 1,2 Punkte zwischen 10,8% und 12,0% streuen. Für die überdurchschnittliche Entwicklung in Schleswig-Holstein sorgten die Dienstleistungsunternehmen, der Wirtschaftsbereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter und das warenproduzierende Gewerbe, die um 0,9, um 0,6 und um 0,2 Punkte über den jeweiligen Zuwachsraten im gesamten Bundesgebiet lagen, während die Landwirtschaft im weiteren Sinne um 3,0 Punkte und der Handel und Verkehr um 0,8 Punkte unter der bundesdurchschnittlichen Entwicklung bleiben. Bei der Ermittlung dieser Größen sind die erstellten Güter und erbrachten Dienstleistungen mit den jeweiligen Preisen bewertet worden.

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern

Land	Zuwachsraten 1973 gegenüber 1972 in %	
	nominal	real
Hamburg	13,4	6,0
Bremen	12,9	6,7
Saarland	12,9	7,0
Berlin	12,7	5,1
Niedersachsen	12,0	5,9
Nordrhein-Westfalen	12,0	5,8
Schleswig-Holstein	11,9	5,2
Rheinland-Pfalz	11,4	5,2
Hessen	11,3	4,1
Bayern	10,9	4,7
Baden-Württemberg	10,8	5,0
Bundesgebiet	11,6	5,3

Nach einer Bewertung mit den Preisen des Jahres 1962 ergibt sich für 1973 in Schleswig-Holstein ein reales Bruttoinlandsprodukt von 19,6 Milliarden DM und eine reale Zuwachsrate von 5,2% gegenüber 1972. Damit errechnet sich für Schleswig-Holstein eine Preissteigerungsrate von 6,4%. Sie gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der Vorprodukte für die jeweiligen Mengen der beiden Jahre an. Es handelt sich hier also nicht um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen über mehrere Jahre konstant gehaltenen Warenkorb der Güter des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden. In dem nominalen Bruttoinlandsprodukt des Jahres 1973 für Schleswig-Holstein stecken demnach immerhin 11,8 Milliarden DM, die auf die Preissteigerungen seit 1962 zurückzuführen sind. Besonders in den letzten vier Jahren haben sich die Preise verstärkt auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts ausgewirkt, denn sie stiegen 1972 um 6,6%, 1971 sogar um 7,7% und 1970 um 6,0%,

während die Preissteigerungsraten davor nur 4,2% im Jahre 1969 und gar nur 2,1% im Jahre 1968 betragen hatten.

In der realen Entwicklung liegt Schleswig-Holstein 1973 geringfügig - um 0,1 Punkte - unter dem Bundesdurchschnitt, denn im Bundesgebiet erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt real um 5,3%. Trotzdem schneidet Schleswig-Holstein in der Rangfolge der Länder noch um einen Platz besser ab als bei dem Vergleich der nominalen Zuwachsraten. Auch bei den realen Zuwachsraten sind die Dienstleistungsunternehmen, der Wirtschaftsbereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter und das warenproduzierende Gewerbe überdurchschnittlich gut, wobei insbesondere die um 2,3 Punkte über der bundesdurchschnittlichen Zuwachsrate liegenden Dienstleistungsunternehmen zu erwähnen sind. Dagegen ist auch bei der realen Betrachtungsweise die Veränderungsrate in der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei um 2,7 Punkte niedriger als im Bundesdurchschnitt. Diese erhebliche Differenz ist aber fast ausschließlich in der sehr hohen Subvention für Sturm-schäden an die Forstwirtschaft in Niedersachsen begründet, das deshalb auch auf eine erheblich über dem Durchschnitt liegende reale Zuwachsrate in der Landwirtschaft im weiteren Sinne kommt. Der Vergleich ist deshalb in diesem Wirtschaftsbereich etwas verfälscht.

#### Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Den weitaus höchsten Beitrag zum nominalen Bruttoinlandsprodukt 1973 leistete das warenproduzierende Gewerbe mit 42,2%. In der realen Betrachtungsweise schneidet dieser Wirtschaftsbereich noch etwas besser ab, denn danach kommt er auf einen Anteil von

47,3%. Dies ist ein Hinweis darauf, daß die Preissteigerungen seit 1962 in diesem Bereich unter dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg im Lande gelegen haben. Trotzdem ist im Vergleich mit den anderen Bundesländern das Gewicht des warenproduzierenden Gewerbes in Schleswig-Holstein am geringsten. Bei einem Bundesdurchschnitt von 57,7% reicht es immerhin bis 62,6% in Baden-Württemberg. Das bedeutet wiederum, daß die Wirtschaftskraft Schleswig-Holsteins unter dem Bundesdurchschnitt bleibt, weil in diesem Wirtschaftsbereich die Produktivität - gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen - überdurchschnittlich hoch ist. Gegenüber 1972 betrug die reale Zuwachsrate des warenproduzierenden Gewerbes im Lande 6,3%, womit sie um 0,4 Punkte über der bundesdurchschnittlichen Zunahme lag. Noch bedeutungsvoller ist die Tatsache, daß die reale Wachstumsrate des warenproduzierenden Gewerbes um 1,1 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Rate des Landes liegt und gerade dieser Bereich damit die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande positiv beeinflusst hat. Bemerkenswert ist ferner, daß bei einer nominalen Steigerungsrate von 10,4% die Preise für die im warenproduzierenden Gewerbe erstellten Güter einschließlich der dafür verwendeten Vorprodukte im Jahre 1973 nur um 3,9% gestiegen sind gegenüber einem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg von 6,4%.

Handel und Verkehr haben als zweitstärkster Wirtschaftsbereich bereits eine wesentlich geringere Bedeutung für die schleswig-holsteinische Wirtschaft als das warenproduzierende Gewerbe, denn sie trugen 1973 nur ein Fünftel zum realen Bruttoinlandsprodukt bei. Im Vergleich zum Bundesgebiet ist dieser ebenfalls überdurchschnittlich produktive Wirtschaftsbereich in Schleswig-Holstein etwas stärker vertreten, denn im

Bruttoinlandsprodukt nach Wirtschaftsbereichen 1973<sup>1</sup>

Bereich	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet			
	Bruttoinlandsprodukt 1973		Anstieg gegenüber 1972		Bruttoinlandsprodukt 1973		Anstieg gegenüber 1972	
	nominal	real	nominal	real	nominal	real	nominal	real
	Mill. DM			%	Mill. DM			%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	1 998	1 642	6,6	- 0,3	27 020	21 470	9,6	2,4
Warenproduzierendes Gewerbe	13 438	9 279	10,4	6,3	484 680	340 430	10,2	5,9
Handel und Verkehr	5 970	3 966	10,5	4,4	164 600	108 750	11,3	4,9
Dienstleistungsunternehmen	5 228	2 513	16,6	7,4	147 660	70 550	15,7	5,1
Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter	5 178	2 228	15,4	4,2	113 940	49 220	14,8	3,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>31 440<sup>a</sup></b>	<b>19 629</b>	<b>11,9</b>	<b>5,2</b>	<b>926 500<sup>a</sup></b>	<b>590 420</b>	<b>11,6</b>	<b>5,3</b>

1) erste vorläufige Ergebnisse

a) um Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionssteuer bereinigt



gesamten Bundesgebiet entfallen auf Handel und Verkehr 18,4%. In der Rangfolge der Länder nimmt hier Schleswig-Holstein hinter den Stadtstaaten Bremen und Hamburg die dritte Stelle ein, was nicht zuletzt auf die geographische Randlage mit der Öffnung nach Norden zurückzuführen ist. Auch hier ist der Anteil des Bereichs am realen Bruttoinlandsprodukt höher als am nominalen, was wiederum bedeutet, daß auch im Handel und Verkehr die Preissteigerungen seit 1962 unter dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg gelegen haben. Gegenüber 1972 betrug die reale Zuwachsrate im schleswig-holsteinischen Handel und Verkehr 4,4% und war damit um 0,5 Punkte niedriger als im gesamten Bundesgebiet. Auch im inländischen Vergleich mit den anderen Wirtschaftsbereichen weist der Bereich Handel und Verkehr eine Entwicklung auf, die die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate negativ beeinflußt, denn der reale Zuwachs liegt im Handel und Verkehr um 0,8 Punkte unter der gesamtwirtschaftlichen Rate. Die Preise sind in diesem Bereich 1973 um 5,8% gestiegen, also etwas geringer als im Durchschnitt.

Besonders positiv aus schleswig-holsteinischer Sicht war die Entwicklung bei den Dienstleistungsunternehmen, und zwar betrug die reale Zuwachsrate 7,4% gegenüber nur 5,1% im gesamten Bundesgebiet. Diese Wachstumsrate in den Dienstleistungsunternehmen liegt also um 2,3 Punkte über der Rate der Dienstleistungsunternehmen im gesamten Bundesgebiet und um 2,2 Punkte über der gesamtwirtschaftlichen Zuwachsrate des Landes. Eine besonders positive Auswirkung auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins ist also unverkennbar. Die Dienstleistungsunternehmen sind allerdings von noch wesentlich geringerem Gewicht als Handel und Verkehr, denn sie haben nur 12,8% zum realen Bruttoinlandsprodukt 1973 beigetragen. Auch dieser Bereich ist in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich stark vertreten, allerdings nur um 0,9 Punkte gewichtiger als im gesamten Bundesgebiet. Über den hohen realen Anstieg hinaus sind in den erbrachten Dienstleistungen im wesentlichen infolge von beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen auch erhebliche Preissteigerungen enthalten. Das wird deutlich an der nominalen Zuwachsrate von 16,6%. Damit sind in den Dienstleistungsunternehmen im Jahre 1973 die Preise um 8,6% gestiegen, also wesentlich stärker als die Preise für die Güter und Dienstleistungen insgesamt. Daß die Preissteigerungen gerade in diesem Bereich eine besondere Rolle spielen, ist auch daran zu ersehen, daß der Anteil der Dienstleistungsunternehmen am nominalen Bruttoinlandsprodukt immerhin 16,4% beträgt gegenüber

Anteile der Bereiche am Bruttoinlandsprodukt 1973

Bereich	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	nominal	real	nominal	real
	%		%	
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	6,3	8,4	2,9	3,6
Warenproduzierendes Gewerbe	42,4	47,3	51,7	57,7
Handel und Verkehr	18,8	20,2	17,5	18,4
Dienstleistungsunternehmen	16,4	12,8	15,7	11,9
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	16,3	11,4	12,1	8,3

den bereits erwähnten 12,8% am realen Bruttoinlandsprodukt.

Von nahezu gleicher wirtschaftlicher Bedeutung wie die Dienstleistungsunternehmen ist der Bereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter, im folgenden abgekürzt als Staat usw. bezeichnet. Und zwar trug der Staat usw. 1973 zum nominalen Bruttoinlandsprodukt 16,3% und zum realen Bruttoinlandsprodukt 11,4% bei. Das bedeutet, daß auch in diesem Bereich die Preissteigerungen seit 1962, die hier nahezu ausschließlich auf Lohn- und Gehaltserhöhungen zurückzuführen sind, überdurchschnittlich hoch waren. Im Vergleich zum Bundesgebiet hat der Staat usw. in Schleswig-Holstein eine wesentlich größere Bedeutung, denn im Bundesgebiet hat dieser Bereich 1973 nur 8,3% zum realen Bruttoinlandsprodukt beigetragen. Die reale Wachstumsrate gegenüber 1972 liegt zwar über der Rate des Staates usw. im Bundesgebiet, aber um 1,0 Punkte unter der gesamtwirtschaftlichen Rate im Lande. Die Preissteigerungen sind hier mit 10,7% noch wesentlich größer als bei den Dienstleistungsunternehmen.

Der restliche Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt kommt aus dem Bereich Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei, im folgenden abgekürzt als Land- und Forstwirtschaft bezeichnet, der mit 8,4% den größten Anteil am realen Wert unter allen Bundesländern aufweist. Damit ist die Land- und Forstwirtschaft in Schleswig-Holstein relativ sehr stark vertreten, denn der Beitrag der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft zum Bundesergebnis beläuft sich auf 7,6%, während die gesamte Wirtschaft unseres Landes nur mit 3,3% am Bruttoinlandsprodukt des Bundesgebietes beteiligt ist. Im Bundesgebiet entfallen auf die Land- und Forstwirtschaft nur 3,6%, in Schleswig-Holstein ist ihre Bedeutung relativ mehr als doppelt so groß. Auf einen ähnlich hohen Anteil kommt nur noch Niedersachsen mit 8,1%, während das nächstfolgende Land

Rheinland-Pfalz mit 5,2% bereits wesentlich darunter bleibt. Da der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am nominalen Bruttoinlandsprodukt nur 6,3% beträgt, haben die Preissteigerungen seit 1962 in diesem Bereich erheblich unter dem Durchschnitt gelegen. 1973 war für die schleswig-holsteinische Land- und Forstwirtschaft mit einem realen Rückgang von 0,3% gegenüber 1972 ein schlechtes Jahr. Noch schlechter schnitten

Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Bayern ab. Bei einer nominalen Zuwachsrate von 6,6% entsprechen die Preissteigerungen in der schleswig-holsteinischen Land- und Forstwirtschaft etwa dem gesamtwirtschaftlichen Preisanstieg im Lande.

Peter Möller

Vergleiche auch: "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 61 (Februar)

## Investitionen in der Industrie und im Baugewerbe 1972

### Industrie

Die in Schleswig-Holstein liegenden Industriebetriebe (mit 10 und mehr Beschäftigten) wiesen für 1972 Bruttozugänge auf Anlagekonten im Werte von 824,6 Mill. DM auf, das sind knapp 3% mehr als im Vorjahr. Unter Berücksichtigung der von 1971 bis 1972 um 4% gestiegenen Erzeugerpreise für Investitionsgüter ist das reale Investitionsvolumen im Jahre 1972 kleiner als im Vorjahr ausgefallen. Die deutlichste Abschwächung der Investitionsneigung trat bei bebauten Grundstücken und Gebäuden auf; mit nominal 202 Mill. DM wurde in diese Anlageart etwa 16% weniger als 1971 investiert. Demgegenüber ist für die Anschaffung von Maschinen sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung wertmäßig rund 11% mehr aufgewendet worden, was einem realen Zuwachs von ungefähr 7% entsprechen dürfte. Am stärksten zugenommen (+ 24%) haben die Aufwendungen für unbebaute Grundstücke, was den Schluß nahelegt, daß hier Vorratskäufe getätigt wurden.

Bei leicht rückläufiger Beschäftigtenzahl (- 2,7%) wuchs die Investitionsintensität auf

4 327 DM je Beschäftigten. Einmalig hohe Werte, und zwar mehr als das Zehnfache des durchschnittlichen Betrages, wurden in der Mineralölverarbeitung erreicht, was einen außerordentlich kräftigen Investitionsstoß anzeigt. Mit 623 DM je Beschäftigten war in der Bekleidungsindustrie die Investitionstätigkeit noch schwächer als im Vorjahr mit 811 DM. Auch bei den Molkereien und Käsereien ist mit 9 740 DM eine Abschwächung unverkennbar (im Vorjahr 19 663 DM); trotzdem ist das Niveau der Aufwendungen immer noch etwa doppelt so hoch wie im Durchschnitt aller Industriebetriebe.

Im Sektor Ernährungsindustrie ist außerdem auf die weit überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität in den Betrieben der Futtermittelindustrie und in den Brauereien hinzuweisen. Unter den Werten für die gesamte Industrie bleibt, wenn auch mit leichter Zunahme gegenüber dem Vorjahr, die fischverarbeitende Industrie. In der Industriegruppe "Steine und Erden" hat sich die hohe Investitionsneigung noch verstärkt. Deutlich gestiegen ist auch die Investitionsintensität

Investitionen der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe  
1969 bis 1972

Jahr	Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten			
	Investitionen			insgesamt
	insgesamt	Maschinen <sup>1</sup>	Gebäude	
Zunahme gegenüber Vorjahr in %	1 000 DM			DM je Beschäftigten
1969	+ 31,9 580 316	+ 20,4 412 189	+ 75,6 159 868	+ 25,9 3 087
1970	+ 28,1 743 167	+ 29,1 532 014	+ 24,2 198 631	+ 22,8 3 790
1971	+ 7,8 800 936	+ 2,5 545 099	+ 21,6 241 574	+ 7,9 4 089
1972	+ 2,9 824 555	+ 10,9 604 737	- 16,3 202 104	+ 5,8 4 327

1) einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung, Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge

Investitionsintensität in ausgewählten Industriezweigen  
Industriebetriebe mit 10 und mehr Beschäftigten

	1969	1970	1971	1972
	Investitionen in DM je Beschäftigten			
Ernährungsindustrie	5 392	5 880	6 488	6 668
darunter Molkereien	12 956	11 996	19 663	9 740
Brauereien	8 427	10 178	6 785	11 427
Futtermittel	5 742	11 413	14 584	15 773
Maschinenbau	2 844	3 675	4 109	3 413
Schiffbau	1 269	1 894	2 493	1 962
Steine und Erden	6 043	7 739	10 611	12 979
Elektrotechnik	980	2 969	2 343	1 933
Chemie	7 693	3 713	4 383	5 350
Druckerei und Vervielfältigung	2 896	3 991	3 430	3 331
EBM-Industrie	3 410	3 465	4 811	3 000
Textilindustrie	2 542	2 259	4 486	2 243
Holzverarbeitung	2 516	3 631	4 225	5 636
Kunststoffverarbeitung	4 620	5 210	4 444	4 789
Bekleidungsindustrie	492	1 219	811	623
Industrie insgesamt	3 087	3 790	4 089	4 327

in der Holzverarbeitung und in der chemischen Industrie. Mehr oder weniger rückläufig war demgegenüber die Investitionstätigkeit im Maschinenbau und bei den Werften. In der Textilindustrie lag die Investitionsintensität sogar um die Hälfte niedriger als 1971.

## Industrielle Investitionen in regionaler Hinsicht

Die regionale Verteilung der Investitionstätigkeit hängt von der Branchenstruktur und der Industriedichte ab. Je kleiner die Region und je einseitiger die Industriestruktur in diesem Raum ist, um so stärker machen sich "individuelle" Investitionsentscheidungen bemerkbar. So fällt die außergewöhnlich hohe Investitionssumme von über 83 Mill. DM gegenüber 24,5 Mill. DM im Vorjahr im Kreis Dithmarschen besonders auf. Damit war auch ein sprunghafter Anstieg der Investitionsintensität von 3 852 DM (1971) auf 13 513 DM je Beschäftigten im Berichtsjahr verbunden. Der umgekehrte Fall ist in Nordfriesland gegeben, wo die Investitionssumme von 18,9 Mill. DM auf 12,8 Mill. DM zurückging mit der Folge, daß die Investitionsintensität von 7 210 DM auf 4 711 DM je Beschäftigten zurückfiel.

Industrielle Investitionen in den Kreisen  
und Planungsräumen 1972

Gebiet	1972			dagegen 1971	
	Beschäftigte am 30. 9.	Investitionen in Mill. DM	in DM je Beschäftigten	Investitionen in Mill. DM	in DM je Beschäftigten
Hzgt. Lauenburg	9 706	37,0	3 815	51,5	5 285
Pinneberg	24 340	83,8	3 441	90,9	3 618
Segeberg	14 079	63,0	4 475	66,3	4 788
Stormarn	15 379	79,0	5 136	75,3	4 922
Planungsraum I	63 504	262,8	4 138	284,1	4 436
Lübeck	29 667	92,5	3 118	116,5	3 580
Ostholstein	6 133	27,8	4 530	20,0	3 295
Planungsraum II	35 800	120,3	3 360	136,5	3 535
Kiel	32 547	76,1	2 339	93,6	2 818
Neumünster	10 533	40,5	3 843	51,7	4 849
Rendsburg-Eckernförde	11 828	49,7	4 205	47,8	3 864
Plön	2 572	27,9	10 847	17,4	6 258
Planungsraum III	57 480	194,2	3 379	210,5	3 566
Dithmarschen	6 160	83,2	13 513	24,5	3 852
Steinburg	11 365	93,5	8 224	72,7	6 352
Planungsraum IV	17 525	176,7	10 083	97,3	5 458
Flensburg	9 020	24,7	2 744	21,4	2 365
Flensburg-Land	942	7,8	8 314	6,4	6 250
Nordfriesland	2 721	12,8	4 711	18,9	7 210
Schleswig	3 577	25,1	7 029	25,9	6 982
Planungsraum V	16 260	70,5	4 338	72,6	4 425
Schlesw.-Holst.	190 569	824,6	4 327	800,9	4 089

Unter den kreisfreien Städten und Kreisen steht Steinburg nach der absoluten Höhe des Investitionswertes an der Spitze, gefolgt von der Hansestadt Lübeck, die 1971 vor Kiel den ersten Rang einnahm. Die meisten Industriebeschäftigten wurden sowohl 1971 als auch 1972 in Kiel festgestellt. Lübeck nimmt nach der Beschäftigtenzahl den zweiten Platz ein. In der Rangfolge der Investitionsintensität steht 1972 der Kreis Dithmarschen vor dem Kreis Plön, an dritter Stelle kommt der sonst industrieschwache Kreis Flensburg-Land (ab 24. 3. 1974 mit dem Kreis Schleswig zusammengelegt). In der Zusammenfassung der Kreise zu Planungsräumen zeigt sich, daß in allen Planungsräumen mit Ausnahme des Planungsraumes IV die Investitionsintensität gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen ist. Der Planungsraum IV übertrifft mit einem Investitionsbetrag von mehr als 10 000 DM je Beschäftigten alle übrigen Planungsräume um das Doppelte und mehr. Dessenungeachtet entfällt nach wie vor die Masse der Investitionen (263 Mill. DM von 825 Mill. DM insgesamt) auf den Planungsraum I, der die an Hamburg grenzenden vier Kreise umschließt.

Gegenüber der Investitionssumme der schleswig-holsteinischen Industriebetriebe haben die im Lande ansässigen Unternehmen rund 250 Mill. DM weniger investiert. Diese Differenz gibt darüber Aufschluß, in welchem Umfang Investitionsentscheidungen von Unternehmensleitungen außerhalb des Landes (zum Beispiel Hamburg) getroffen wurden. Die Investitionsneigung der Unternehmen mit Sitz in Schleswig-Holstein hat erstmals seit 1968 deutlich nachgelassen, wie aus den um fast 120 Mill. DM auf 574 Mill. DM im Jahre 1972 verringerten Aufwendungen für Anlagegüter hervorgeht.

## Baugewerbe

Mit 146 Mill. DM überschritten die Zugänge an Anlagegütern in den Unternehmen des Bauhauptgewerbes (mit 20 und mehr Beschäftigten) das Vorjahresergebnis um etwa 4 Mill. DM, was einer nominalen Zuwachsrate von knapp 3% entspricht. Die Investitionen in Maschinen und Geschäftsausstattung beliefen sich auf rund 120 Mill. DM, das waren 3 Mill. DM weniger als 1971. In bebaute Grundstücke wurden mit gut 22 Mill. DM ungefähr 6 Mill. DM mehr als im Vorjahr investiert. Je Beschäftigten machten die Investitionen 2 970 DM gegenüber 2 910 DM im Vorjahr aus. Die Investitionsquote gemessen am Bruttoproduktionswert sank auf 5,5% gegenüber 6,1% im Jahre. 1971.

Die größeren Unternehmen des Ausbaugewerbes waren 1972 an den Investitionen im Baugewerbe mit nur 9,3 Mill. DM (6%) beteiligt. Auf die Anschaffung von Maschinen usw. entfielen davon gut 5 Mill. DM. Bei der Investitionsintensität liegt das Ausbaugewerbe mit 1 622 DM je Beschäftigten erheblich unter dem Bauhauptgewerbe. Mehr als die Hälfte der Investitionsaufwendungen, nämlich 5,7 Mill. DM, wurde von Unternehmen der Bauinstallation getätigt.

#### Investitionen im Baugewerbe 1969 bis 1972

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

Jahr	Investitionen			
	insgesamt	darunter		insgesamt
		Maschinen <sup>1</sup>	Gebäude	
Zunahme gegenüber Vorjahr in %	1 000 DM			DM je Beschäftigten
1969	+ 48,0 128 610	+ 49,0 111 570	+ 18,4 12 108	+ 47,4 2 385
1970	+ 8,0 138 917	+ 9,4 122 106	+ 12,3 13 601	+ 7,4 2 562
1971	+ 7,4 149 264	+ 3,9 126 897	+ 44,7 19 681	+ 6,8 2 736
1972	+ 4,2 155 486	- 1,6 124 895	+ 30,6 25 708	+ 3,4 2 829

1) einschließlich Betriebs- und Geschäftsausstattung, Werkzeuge, geringwertige Wirtschaftsgüter, Fahrzeuge

Bei einer Betrachtung der Investitionstätigkeit in den wichtigsten Baugewerbebezügen über einige Jahre zeigt sich, daß die Schwankungsbreite der Investitionsintensität deutlich kleiner als in der Industrie ist. Die Produktionsanlagen in der Industrie erfordern in vielen Fällen erheblich größere Aufwendungen je Beschäftigten, so daß das industrielle Investitionsniveau in allen beobachteten Jahren merklich höher als im Baugewerbe liegt. Am weitesten fortgeschritten erscheint nach den Investitionsdaten die "Industrialisierung" im Tiefbau und Straßenbau. Die jährlichen Unterschiede sind auch in den Zweigen des Baugewerbes beträchtlich: in der Dachdeckerei zum Beispiel stiegen die Investitionen je Beschäftigten von rund 650 DM im Jahre 1970 auf über 2 600 DM im nächstfolgenden Jahr. Abnehmende Tendenz hat die Investitionsintensität im Straßenbau, zunehmende in den Unternehmen des Hochbaus. Zu bemerken ist ferner, daß der Abgang von Anlagegütern, in der Hauptsache der Verkauf von gebrauchten Baumaschinen und Geräten (darunter dürften Lastkraftwagen eine beachtliche Rolle spielen) im Werte von rund 17 Mill. DM im Jahre 1972 mehr als 10% der Aufwendungen für die Anschaffung von (meist) neuen Maschinen und Geräten ausmachte.

#### Investitionsintensität in ausgewählten Zweigen des Baugewerbes

Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

	1969	1970	1971	1972
	Investitionen in DM je Beschäftigten			
<b>Bauhauptgewerbe</b>	<b>2 508</b>	<b>2 761</b>	<b>2 910</b>	<b>2 970</b>
darunter				
Hoch- und Ingenieurhochbau	1 360	1 529	2 217	2 482
Tief- und Ingenieurtiefbau	3 463	4 302	3 645	3 590
Straßenbau	4 668	4 377	3 794	3 380
Zimmerei und Ingenieurholzbau	1 392	2 412	1 690	2 962
Dachdeckerei	1 074	646	2 628	1 972
<b>Ausbaugewerbe</b>	<b>1 369</b>	<b>881</b>	<b>1 257</b>	<b>1 622</b>
darunter				
Bauinstallation	1 136	732	1 175	1 649
Glaser- und Malergewerbe, Tapetenkleberei	1 289	1 242	1 319	1 556
Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, Ofen- und Herdsetzerei	2 652	790	1 515	1 631

#### Investitionen für Umweltschutz

Voranzustellen ist, daß hier nicht alle umweltrelevanten Investitionen der Industrie und des Baugewerbes ausgewiesen sind, sondern nur diejenigen, die nach den §§ 79 und 82 der Einkommensteuer-Durchführungsverordnung abgeschrieben werden konnten. Im einzelnen handelt es sich um Anlagen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Umweltschäden durch Abwässer, durch Verunreinigung der Luft, durch Lärm und Erschütterungen sowie Abfälle. Im übrigen dürfte es problematisch sein, bei komplexen Investitionen (zum Beispiel neues Zementwerk, neue Raffinerie) den Teil auszugliedern, der einzig und allein für Umweltzwecke investiert wurde. Neue Produktionsverfahren werden ohnehin umweltfreundlicher konzipiert als es vorhandene alte Anlagen sind, so daß strenggenommen bereits im Stadium der Planung eines neuen Werkes umweltrelevante Überlegungen, die selbstverständlich auch zu besonderen Aufwendungen führen können, anzustellen sind.

Von den 1 500 schleswig-holsteinischen Industriebetrieben (mit 10 und mehr Beschäftigten) haben 1972 etwa 100 unter den oben genannten Bedingungen Investitionen für Umweltschutz gemeldet. Die Aufwendungen dafür beliefen sich auf 19,6 Mill. DM, das sind gut 7% der in diesen Betrieben überhaupt getätigten Investitionen (272,5 Mill. DM). Die 19,6 Mill. DM umweltrelevanten Investitionen verteilten sich wie folgt:

Gegen

Verunreinigung der Luft	= 9,2 Mill. DM
Lärm und Erschütterung	= 5,2 Mill. DM
Abwässer	= 4,5 Mill. DM
Abfälle	= 0,7 Mill. DM

Die Industriegruppe "Steine und Erden" war mit 8,3 Mill. DM Umweltinvestitionen vor

der Ernährungsindustrie (4,1 Mill. DM) am stärksten beteiligt. Der Anteil der umweltrelevanten Aufwendungen an den gesamten Investitionen in diesen Betrieben (57,4 Mill. DM) machte 14,4% aus. Schwerpunkte waren Aufwendungen zur Verhinderung, Beseitigung oder Verringerung von Lärm und Erschütterung mit 4,6 Mill. DM und Luftverunreinigung mit 3,6 Mill. DM. In der Ernährungsindustrie standen Maßnahmen zur Bekämpfung der Luftverschmutzung mit 2,1 Mill. DM an erster Stelle, für Abwasserbehandlung wurden 1,4 Mill. DM aufgewendet; der umweltrelevante Anteil stellte sich auf insgesamt 7,1%. In einigen Industriezweigen war dieser Anteil erheblich größer; er erreichte in Extremfällen die Hälfte der in den Betrieben mit Investitionen für Umweltschutz überhaupt vorgenommenen Anschaffungen von Anlagegütern im Jahre 1972. Im Bauhauptgewerbe, das sei zur Vervollständigung noch erwähnt,

ist der Sachverhalt "Umweltinvestitionen" noch nicht so gewichtig wie in der Industrie. Von 744 bauhauptgewerblichen Unternehmen (mit 20 und mehr Beschäftigten) meldeten 16, deren gesamter Investitionsbetrag sich auf 12,1 Mill. DM stellte, lediglich 0,5 Mill. DM umweltrelevante Investitionen, was einem "Umweltanteil" von nur 0,3% entspricht (gegenüber 7,2% in der Industrie). Schwerpunkt waren Maßnahmen zur Luftverbesserung und Lärmbekämpfung.

Abschließend ist zu bemerken, daß, abgesehen von der eingangs skizzierten Unvollständigkeit, die mehr oder weniger zufallsbeeinflussten Ergebnisse eines Jahres keine allgemeingültigen Urteile zulassen.

Siegfried Schwarz

Nähere Angaben sind in den Statistischen Berichten E 1 6 und F 1 2 enthalten. Vergleiche auch: "Investitionen in schleswig-holsteinischen Industriebetrieben 1971" in dieser Zeitschrift 1973, S. 53 (März)

## Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1972

### Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik

Nach den Voranmeldungen zur Umsatzsteuer erzielten 59 402 in Schleswig-Holstein ansässige steuerpflichtige Unternehmen im Jahre 1972 steuerbare Umsätze in Höhe von 44,2 Mrd. DM. Die Zahl der erfaßten Unternehmen verringerte sich damit gegenüber 1970, dem vorletzten Erhebungsjahr einer Umsatzsteuerstatistik, um 1,9%; neben der Auflösung meist kleinerer Unternehmen und der Zusammenschlußbewegung insbesondere im Einzelhandel ist die Abnahme der erfaßten Steuerpflichtigen auch auf methodische Ursachen zurückzuführen. Im Gegensatz zu früher konnten 1972 erstmals die sogenannten Jahreszahler<sup>1</sup> in die Umsatzsteuerstatistik nicht mehr einbezogen werden.

Die Zählung ergab eine Zunahme des steuerbaren Umsatzes gegenüber dem Vorjahr um 8,3%. Diese Veränderung bezieht sich nur auf die paarigen Fälle, d. h. auf die Umsätze derjenigen Unternehmen, die sowohl 1971 wie auch 1972 ganzjährig wirtschaftlich tätig

waren. Vergleicht man dagegen alle für das Kalenderjahr 1972 nachgewiesenen steuerbaren Umsätze mit den steuerbaren Umsätzen des Jahres 1970, so ergibt sich unter Einschluß sämtlicher Zu- und Abgänge von Unternehmen mit Rumpfgeschäftsjahr eine Zunahme von 19,2% innerhalb von zwei Jahren. Die Auflösung vieler Kleinunternehmen und das Ausklammern der Jahreszahler bewirkten, daß der Umsatz je Steuerpflichtigen seit 1970 sich stärker erhöhte als die Umsätze in ihrer Gesamtheit: auf einen Steuerpflichtigen entfielen durchschnittlich im Jahre 1970 612 000 DM und im Jahre 1972 744 000 DM Umsatz, was einer Steigerung von 21,4% im Zeitraum zwischen den beiden letzten Zählungen entspricht.

#### Die Zusammensetzung des steuerbaren Umsatzes 1972

Steuerpflichtige Unternehmen	(Anzahl)	59 402
Steuerbarer Umsatz insgesamt	(Mill. DM)	44 170
davon		
steuerpflichtig	"	41 098
darunter mit einem Steuersatz		
von 11 %	"	28 319
von 5,5 %	"	12 580
von 4 %	"	177
steuerfrei <sup>1</sup>	"	3 012
und zwar mit Vorsteuerabzug	"	1 927
ohne Vorsteuerabzug	"	1 084
Umsatzsteuervorauszahlung	"	828

1) In der Umsatzsteuerstatistik sind allgemein Unternehmen unter 12 000 DM Jahresumsatz nicht erfaßt. Ebenfalls nicht enthalten sind seit 1972 außerdem diejenigen Unternehmen, die zwar mehr als 12 000 DM Umsatz erzielten, aber gemäß § 18 (2) UStG von der Pflicht zur Abgabe von Umsatzsteuervoranmeldungen und zur Entrichtung von Vorauszahlungen aus Vereinfachungsgründen durch das Finanzamt entbunden waren (Jahreszahler). Das Finanzamt kann einen Unternehmer von der Umsatzsteuer-Vorauszahlung befreien, wenn die Jahressteuerschuld nach Abzug der Vorsteuern voraussichtlich 360 DM (ab 1973: 600 DM) nicht übersteigen wird. Im Jahre 1970 waren in der Umsatzsteuerstatistik noch 1 826 Jahreszahler enthalten

1) ohne Umsatzfreibetrag nach § 19 (2) UStG (60 Mill. DM)

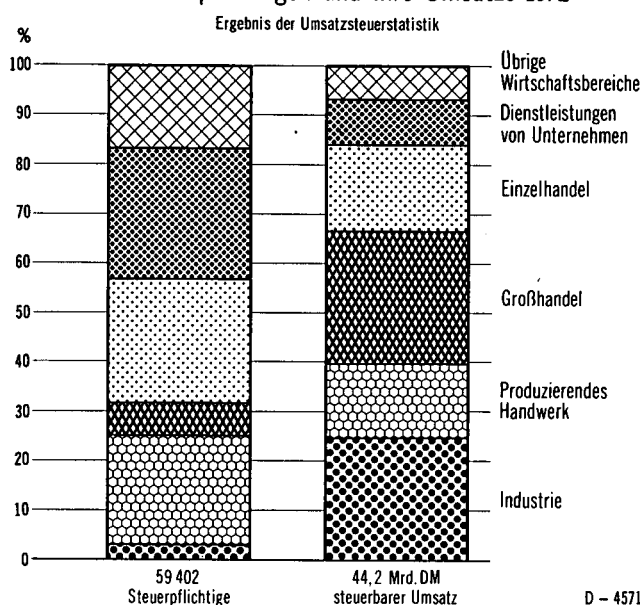
Die Höhe des steuerfreien Umsatzes änderte sich seit 1970 nur geringfügig. Sie beträgt nach wie vor etwa 3 Mrd. DM. Dagegen hat sein Anteil an allen erfaßten Umsätzen seitdem abgenommen. Er belief sich 1972 nur noch auf 7%. 41,1 Mrd. DM waren steuerpflichtig. Hiervon unterlagen 28,3 Mrd. DM (69%) dem Regelsteuersatz von 11% und 12,6 Mrd. DM (31%) dem ermäßigten Steuersatz von 5,5%. Der mit 4% zu versteuernde Gesamtumsatz der Kleinunternehmer hat sich weiter verringert. Er betrug nach Abzug des Freibetrages gem. § 19 (2) UStG nur noch 177 Mill. DM, das sind 0,4% des gesamten steuerpflichtigen Umsatzes. Die Umsatzsteuervorauszahlung (Zahllast) auf die 1972 erzielten Umsätze und den Selbstverbrauch erhöhte sich nach Abzug der geltend gemachten Vorsteuerbeträge und der Kürzungen nach dem Berlinhilfegesetz auf 828,1 Mill. DM. Die Steuervorauszahlungen erfuhren damit gegenüber 1970 die höchste Steigerungsrate aller von der Statistik erfaßten Merkmale, nämlich 34%.

#### Steuerpflichtige

Nach Mitteilung der Oberfinanzdirektion Kiel registrierten im Jahre 1972 die Finanzämter in Schleswig-Holstein gut 84 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen. Von ihnen waren knapp 16 000 Umsatzsteuer-Jahreszahler und gut 68 000 Monats- und Vierteljahreszahler. Nur diese 68 000 waren im maschinell geführten Umsatzsteuerüberwachungsbestand 1972 enthalten, der erstmals die Grundlage für eine Umsatzsteuerstatistik abgab. Das hieraus erstellte Statistik-Magnetband enthielt daher, wie bereits oben erwähnt, keine Angaben mehr über die Jahreszahler. Unter den Monats- und Vierteljahreszahlern, die dem Statistischen Landesamt gemeldet wurden, waren 8 900 Kleinbetragsfälle mit einem Jahresumsatz unter 12 000 DM enthalten. Sie wurden wie auch in früheren Erhebungen wegen ihrer geringen Umsatzhöhe vor Beginn der Aufbereitung ausgeschieden und sind daher ebenfalls nicht in der Statistik enthalten. Erfaßt sind somit nur die schon erwähnten 59 400 Fälle.

In den einzelnen Wirtschaftsbereichen haben sich - was die Zahl der Unternehmen anbetrifft - seit 1970 die schon aus früheren Umsatzsteuerstatistiken bekannten uneinheitlichen Entwicklungstendenzen fortgesetzt: ständige Abnahme insbesondere der klein- und mittelständischen Unternehmen des Einzelhandels und des verarbeitenden Handwerks bei gleichzeitiger Zunahme der Dienstleistungsbetriebe, hierunter in Schleswig-Holstein in besonderem Maße der Unternehmen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes.

#### Die Steuerpflichtigen und ihre Umsätze 1972



Dieser Prozeß läuft in allen hoch entwickelten modernen Wirtschaftssystemen mit marktwirtschaftlicher Grundordnung ähnlich ab. Er wird sich voraussichtlich auch in Zukunft weiter fortsetzen.

Im einzelnen sind in der Zeit von 1970 bis 1972 die folgenden augenfälligen Veränderungen in der Zahl der Unternehmen ermittelt worden:

- Abnahmen im Einzelhandel um 5,9%, im verarbeitenden Handwerk um 3,7%, in der Handelsvermittlung um 2,8%,
- Zunahmen im Baugewerbe um 3,5%, in der Wirtschaftsabteilung Dienstleistungen (soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht) um 2,2%, darunter im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe um 4,3%.

Unter den in der folgenden Tabelle nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen enthält damit der Einzelhandel erstmals nicht mehr die meisten Steuerpflichtigen. An seine Stelle ist der Dienstleistungsbereich getreten. Die Ab- und Zugänge gleichen sich im Gesamtergebnis nicht aus. Das Gewicht der Abgänge im Einzelhandel, verarbeitenden Handwerk und im Kredit- und Versicherungsgewerbe wiegt schwerer als das der Zugänge im Baugewerbe und in den Dienstleistungen, so daß sich per Saldo insgesamt eine Abnahme um 1 131 Unternehmen (- 1,9%) ergibt. Die seit langem bekannte Grundstruktur in der Verteilung der Steuerpflichtigen auf die einzelnen Wirtschaftshauptbereiche hat sich aber trotz der oben geschilderten und seit vielen Jahren zu beobachtenden Entwicklung nur geringfügig verändert. Von 1964 bis 1972 fiel der Anteil der im Handel tätigen



## Steuerpflichtige, Umsatz und Umsatzsteuer 1972 in ausgewählten Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige			Steuerbarer Umsatz <sup>1</sup>			Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer		Steuer für den Selbstverbrauch		Abziehbare Vorsteuer		Umsatzsteuervorauszahlung (Zahllast)		
	Anzahl	%	da- gegen 1970	insgesamt	je Steuer- pflich- tigen	1 000 DM	Mill. DM		Mill. DM	%	%	%	Mill. DM	%	%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei <sup>4</sup>	1 586	2,7	1 574	350,9	0,8	221,3	26,3	0,4	18,1	69			8,8	1,1	2,5
Energiewirtschaft, Wasser- versorgung, Bergbau	132	0,2	138	1 143,3	2,6	8 661,4	116,4	2,5	90,5	78			27,5	3,3	2,4
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	10 730	18,1	10 933	13 187,7	29,9	1 229,0	1 053,1	8,4	857,4	81			202,4	24,4	1,5
darunter Industrie	1 590	2,7	1 594	9 134,3	20,7	5 744,9	708,4	6,2	612,5	86			99,8	12,1	1,1
Handwerk	7 611	12,8	7 903	3 504,1	7,9	460,4	289,2	1,6	209,7	73			81,5	9,8	2,3
Baugewerbe	6 190	10,4	5 980	4 081,8	9,2	659,4	438,3	2,8	241,0	55			200,4	24,2	4,9
darunter Industrie	120	0,2	131	723,9	1,6	6 032,8	75,9	0,5	42,2	56			34,2	4,1	4,7
Handwerk	5 493	9,2	5 379	3 137,6	7,1	571,2	338,9	2,1	186,0	55			155,2	18,7	4,9
Großhandel	3 844	6,5	3 920	11 816,8	26,8	3 074,1	1 005,0	2,8	928,4	92			68,7	8,3	0,6
Handelsvermittlung	2 933	4,9	3 018	508,8	1,2	173,5	49,2	0,2	34,2	70			15,2	1,8	3,0
Einzelhandel	14 931	25,1	15 872	7 809,4	17,7	523,0	722,3	1,9	577,8	80			144,8	17,5	1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	2 859	4,8	2 907	976,6	2,2	341,6	77,7	1,8	58,3	75			21,4	2,6	2,2
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	232	0,4	525	56,1	0,1	241,6	4,8	0,0	2,9	60			2,0	0,2	3,5
Dienstleistungen <sup>5</sup> darunter Gaststätten- u. Beherbergungsgewerbe	15 810	26,6	15 470	3 973,5	9,0	251,3	315,3	3,9	186,4	59			136,1	16,4	3,4
Organisationen ohne Erwerbs- charakter, Gebietskörpersch., Sozialversicherung	7 290	12,3	6 987	1 107,7	2,5	151,9	107,7	0,9	62,1	58			48,0	5,8	4,3
Organisationen ohne Erwerbs- charakter, Gebietskörpersch., Sozialversicherung	155	0,3	196	265,4	0,6	1 712,2	2,5	0,1	1,9	74			0,7	0,1	0,3
<b>Insgesamt</b>	<b>59 402</b>	<b>100</b>	<b>60 533</b>	<b>44 170,2</b>	<b>100</b>	<b>743,6</b>	<b>3 811,0</b>	<b>24,6</b>	<b>2 996,9</b>	<b>79</b>			<b>828,1</b>	<b>100</b>	<b>1,9</b>

1) bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer, bei nach § 19 UStG Besteuernden mit niedrigem Gesamtumsatz einschließlich Umsatzsteuer

2) Anteil an der Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer

3) Anteil am steuerbaren Umsatz

4) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG

5) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Steuerpflichtigen von 39,2% auf 36,5%, dem produzierenden Gewerbe gehörten während dieser Zeit zwischen 28,3% und 28,7% aller Unternehmen an und der Anteil aller sonstigen Bereiche erhöhte sich von 32,6% auf 34,7%.

## Umsätze

Der gesamte steuerbare Umsatz ohne Umsatzsteuer (die nichtsteuerbaren Umsätze werden in Schleswig-Holstein seit 1968 nicht mehr erhoben) belief sich im Jahre 1972 auf 44,2 Mrd. DM. Seine Verteilung auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche war seit 1970 z. T. erheblichen Änderungen unterworfen, was vorwiegend auf Auflösungen, Sitzverlegungen, aber auch auf Neugründungen und Veränderungen des Schwerpunkts der wirtschaftlichen Tätigkeit insbesondere großer Unternehmen zurückzuführen ist. Besonders auffallend ist die Veränderung des Umsatzanteiles, den die Industrieunternehmen mit

Sitz in Schleswig-Holstein auf sich vereinigen konnten. Er betrug im Jahre 1972 nur noch 25% gegenüber 27% im Jahre 1970, ist also um weitere 2 Punkte zurückgegangen. Die Zahlen besagen nicht, daß der Industrialisierungsgrad in Schleswig-Holstein seitdem abgenommen hat. Vielmehr hat nachweislich gerade im industriellen Bereich die wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit der Betriebsstätten von Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes und damit die Tendenz zu Zusammenschlüssen in letzter Zeit erheblich zugenommen. Die von den Finanzämtern angewandte Erfassungsmethode der Umsätze am Sitz des Unternehmens bewirkt daher, daß der Aussagewert der Umsatzsteuerstatistik gerade in diesem Bereich beträchtlich eingeschränkt ist.

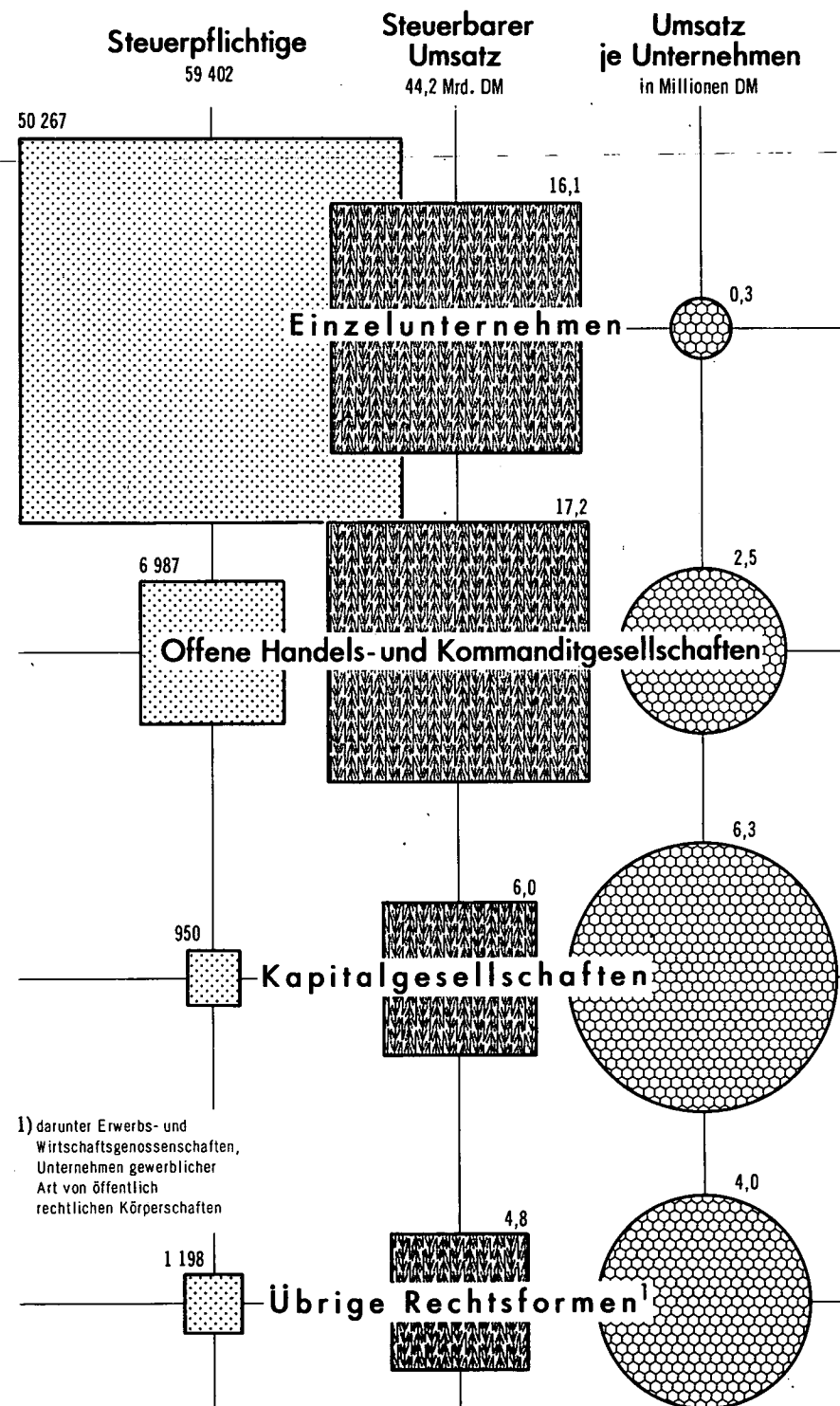
Die vorwiegend mittelständischen Unternehmen des produzierenden Handwerks, bei denen die Tendenz zum Zusammenschluß mit Betrieben

# DIE UMSÄTZE DER UNTERNEHMEN IN SCHLESWIG-HOLSTEIN 1972

D - 4568

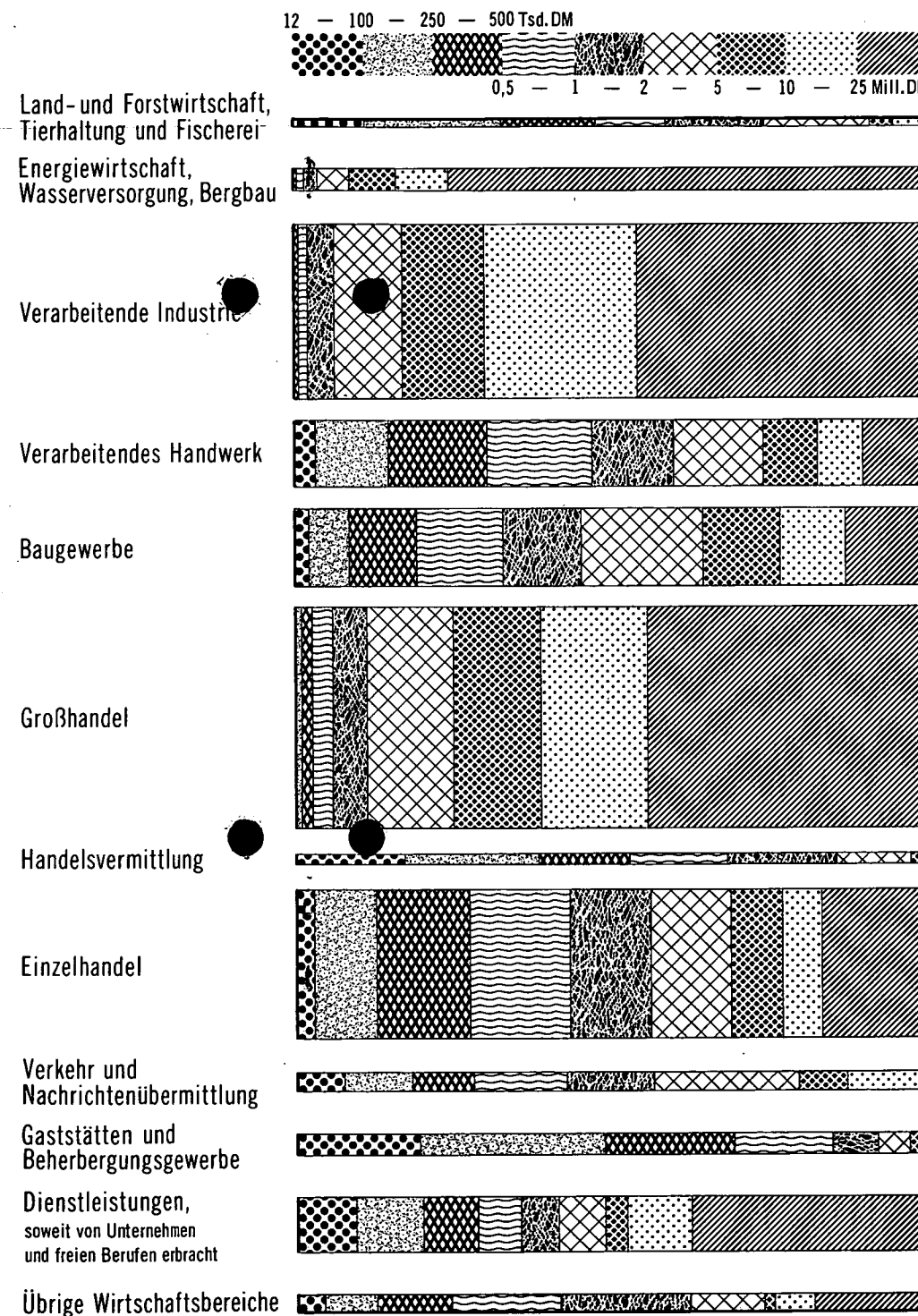
Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik

## NACH DER RECHTSFORM

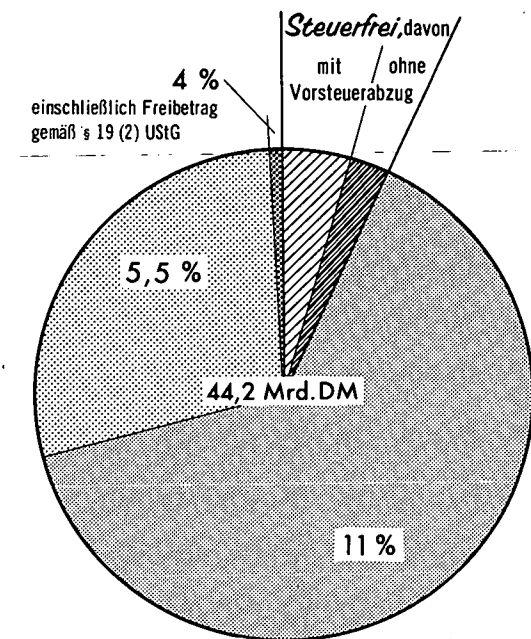


GRAFIK DES MONATS APRIL 1974

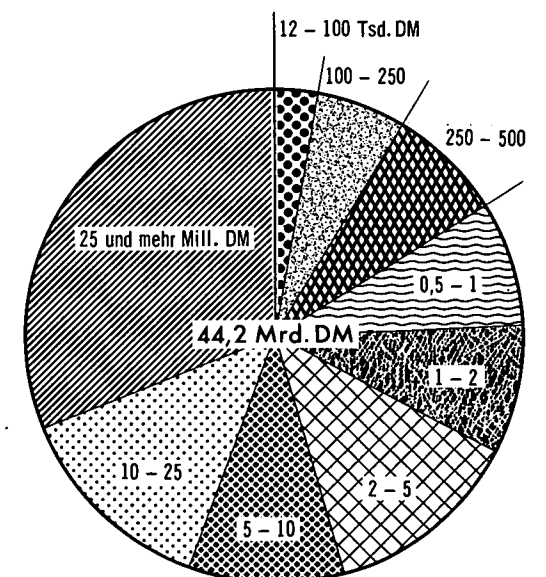
## IN DEN WIRTSCHAFTSBEREICHEN NACH UMSATZGRÖSSENKLASSEN



## NACH STEUERSÄTZEN



## NACH UMSATZGRÖSSENKLASSEN



außerhalb Schleswig-Holsteins nicht so ausgeprägt ist wie in der Industrie, konnten dagegen ihren Umsatzanteil spürbar ausweiten, und zwar von 13% auf 15% aller steuerbaren Umsätze. Die Steuerpflichtigen vereinnahmten im Jahre 1972 Entgelte von insgesamt 6,6 Mrd. DM, wobei insbesondere das Bauhandwerk eine kräftige Steigerung der Geschäftstätigkeit erreichen konnte.

Dem Handel kommt nach dem Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik in Schleswig-Holstein nach wie vor die größte Bedeutung zu. Seine Umsätze sind größer als die des produzierenden Gewerbes zusammen (Industrie, produzierendes Handwerk und sonstiges produzierendes Gewerbe). Im Jahre 1972 wurden Entgelte für Lieferungen in Höhe von 20,1 Mrd. DM vereinnahmt, was 46% aller erfaßten steuerbaren Umsätze entspricht. Hierbei konnte der Einzelhandel trotz der erheblichen Abnahme der Zahl der Unternehmen seinen Anteil am Umsatz mit 18% halten, wogegen das Gewicht des Großhandels um einen Punkt auf 27% zurückgegangen ist.

Gegenüber dem produzierenden Gewerbe und dem Handel nimmt sich der Umsatz aller übrigen Wirtschaftsbereiche recht gering aus. Zu erwähnen wäre noch der Dienstleistungsbereich; aber auch auf ihn entfallen trotz der Vielzahl der Steuerpflichtigen nur 9% des erfaßten Umsatzes, darunter sogar nur 2,5% auf das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei wie auch das Kredit- und Versicherungsgewerbe werden mit ihren Umsätzen aus methodischen Gründen ohnehin größtenteils in die Umsatzsteuerstatistik nicht einbezogen<sup>2 3</sup>.

### Umsatzsteuer

Die Besteuerung der Umsätze erbrachte für die im Jahre 1972 erfaßten Regelbesteuerten

ein Umsatzsteueraufkommen vor Abzug der Vorsteuerbeträge von insgesamt 3,81 Mrd. DM. Weitere 24,6 Mill. DM nahmen die Finanzämter aus der Besteuerung des Selbstverbrauchs ein, der sogenannten "Investitionssteuer". In Verbindung mit dem Abzug der Vorsteuerbeträge in Höhe von fast 3,0 Mrd. DM und den Steuervergünstigungen nach dem Berlinhilfegesetz (17,6 Mill. DM) belief sich die Umsatzsteuervorauszahlung (Zahllast) aller Steuerpflichtigen - also einschließlich der nach altem Recht besteuerten gem. § 19 UStG - auf insgesamt 828,1 Mill. DM. Die Kleinunternehmer mit Bruttobesteuerung trugen nur noch mit 7,0 Mill. DM zum Steueraufkommen bei.

Im Vergleich zu 1970 erhöhte sich die Zahllast relativ stärker als der Umsatz, obwohl die Steuer auf den Selbstverbrauch im Jahre 1972 nur noch mit 2% auf die Bemessungsgrundlage angesetzt wurde. Der Anteil der Zahllast stieg auf 1,9% des Umsatzes; im Jahre 1970 waren es noch 1,7% gewesen und im Jahre 1968 1,4%. Die zunehmende steuerliche Belastung ist hauptsächlich im verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe und im Handel (Großhandel und Handelsvermittlung) festzustellen. In anderen Bereichen hat sie abgenommen, z. B. in der Energiewirtschaft. Neben dem Rückgang des Anteils der steuerfreien Umsätze ist die größere steuerliche Belastung auch darauf zurückzuführen, daß unter den steuerpflichtigen Umsätzen sich das Gewicht nach 1970 stärker auf diejenigen verlagert hat, die dem Regelsteuersatz von 11% unterliegen. Auch die unterproportionale Zunahme der abziehbaren Vorsteuer muß zwangsläufig zu einer relativ höheren Zahllast führen: die Vorsteuerbeträge erhöhten sich nämlich im Berichtszeitraum nur um 18%, wogegen die Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuerbeträge eine Steigerung um 23% erfuhr.

2) Landwirte werden in der Regel im Umsatzsteuerüberwachungsbestand der Finanzämter nicht geführt, weil für sie gemäß § 24 (1) UStG in Verbindung mit Artikel 4 des Aufwertungsausgleichsgesetzes vom 23. 12. 1969 die Vorsteuerbeträge in gleicher Höhe wie die Steuer (8 %) festgesetzt worden sind. Ihre Umsätze sind damit praktisch steuerfrei wie die Umsätze der Landwirtschaft nach dem alten Steuerrecht. Der Umweg, auf dem diese Befreiung nach neuem Recht erreicht wird, mußte aus Wettbewerbsgründen gewählt werden. Die Regelung erlaubt nämlich den Abnehmern der landwirtschaftlichen Produkte, die fast ausschließlich Unternehmer sind, Vorsteuerbeträge in Höhe von 8 % des Entgelts für die bezogenen Waren geltend zu machen

3) Die wichtigsten Bank- und Versicherungsumsätze sind gemäß § 4 Ziffer 8 und 9 UStG umsatzsteuerfrei. Wegen ihrer besonderen Eigenart sind sie mit anderen Umsätzen, denen stets eine Lieferung oder Leistung gegenüber steht, nicht vergleichbar. In die Umsatzsteuerstatistik werden sie daher auch nicht einbezogen. Die Kredit- und Versicherungsinstitute erscheinen nur in der Statistik, wenn sie steuerpflichtige Umsätze gemeldet haben und die Steuervorauszahlungen hierauf mindestens vierteljährlich zu leisten sind. Es wird dann nur der steuerpflichtige Umsatz ausgewiesen

Die Steuer für den Selbstverbrauch im Sinne des § 30 UStG ist im Jahre 1972 ausgelaufen. Sie war seinerzeit beim Übergang zur Mehrwertsteuer eingeführt worden, um bei Umsätzen auf dem Investitionssektor den sofortigen Abzug der Vorsteuern zunächst nicht voll zur Wirkung kommen zu lassen. Hierfür waren damals ausschließlich haushaltsmäßige Gründe maßgebend. Die Anpassungszeit von fünf Jahren mit jährlich abnehmenden Steuersätzen von 8% im Jahre 1968 bis zu 2% im Jahre 1972 ist nun vorüber, und damit unterliegen auch die Umsätze von Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, sofern diese Güter dem Verbrauch zugeführt werden, nunmehr den gleichen Bestimmungen wie alle anderen Umsätze. Ab 1973 werden

die Investitionen voll entlastet<sup>4</sup>. Das Jahr 1972 brachte nur noch ein geringes Aufkommen an Steuern für den Selbstverbrauch, nämlich 24,6 Mill. DM. Überwiegend hatten die Steuerpflichtigen weniger als 500 DM pro Unternehmen an die Finanzämter abzuführen.

Umsatzentwicklung

Um Verzerrungen des Ergebnisses durch in der Zwischenzeit neu hinzugekommene oder abgegangene Unternehmen nach Möglichkeit auszuschalten, beschränkt sich die Darstellung der Umsatzveränderung auf die sogenannten "paarigen Fälle". Es sind dies diejenigen Steuerpflichtigen, die sowohl während des

gesamten Berichtsjahres sowie im gesamten Vorjahr ununterbrochen in ihrem Unternehmen tätig gewesen sind. Im Jahre 1972 repräsentierten die paarigen Fälle 83% aller Unternehmen und 86% des insgesamt erfaßten Umsatzes.

Der Verlauf der Umsatzentwicklung dieser Unternehmen zeigt im Zeitraum 1971/72 eine erheblich niedrigere Zuwachsrate als im Zeitraum 1969/70. Die Veränderungsrate betrug nur + 8,3%; sie ist damit um etwa ein Drittel niedriger als zwei Jahre zuvor. Im Zeitraum 1969/70 wurde mit + 12,6% die höchste Umsatzveränderung innerhalb eines Berichtszeitraumes seit 1955 festgestellt. Die Entwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief, wie aus der Tabelle oben zu entnehmen ist, recht uneinheitlich, wobei insbesondere auf die unterdurchschnittlichen Zuwachsraten der umsatzstarken Bereiche verarbeitende Industrie und Großhandel hinzuweisen ist. Eine auffallend hohe Zuwachsrate ergab sich dagegen in der Wirtschaftsabteilung Energiewirtschaft, Wasserversorgung und Bergbau. Die Veränderung geht innerhalb dieses Bereichs hauptsächlich auf die starken Steigerungen der Entgelte für die Elektrizitätserzeugung und -verteilung zurück. Hier betrugen die Zuwachsraten im Durchschnitt + 23%. Auch die paarigen Unternehmen im Dienstleistungsgewerbe sowie im Einzelhandel konnten ihre Geschäftstätigkeit im Jahre 1972 stärker ausdehnen, als es dem Durchschnitt aller Unternehmen zusammen entspricht.

Die oben dargestellten Zuwachsraten des Umsatzes sind Nominalwerte. Sie werden sowohl von echten Erhöhungen der Lieferungen und Leistungen wie auch von den in den Umsätzen enthaltenen Preissteigerungen beeinflusst. Es ist aus der Umsatzsteuerstatistik nicht zu ermitteln, inwieweit eine Veränderungsrate auf diesen oder jenen Einfluß zurückgeht. Für das Jahr 1972 kann jedoch angenommen werden, daß der Einfluß der Preissteigerungen innerhalb der Gesamtveränderungsrate gegenüber früheren Erhebungen weiter zugenommen hat. Setzt man als Maßstab z. B. den bundeseinheitlichen Preisindex für die Lebenshaltung für alle privaten Haushalte an, so ergibt sich im Jahre 1972 eine Verteuerung um 7,5 Punkte gegenüber dem Vorjahr, nämlich von 130,4 auf 137,9, wobei die Verbrauchsverhältnisse von 1962 zugrunde liegen und das Jahr 1962 als Basis = 100 gesetzt ist. Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die oben erwähnte Veränderungsrate des Umsatzes von + 8,3% in einem anderen Licht; es besteht kein Zweifel darüber, daß sie größtenteils eine Folge der erheblich gestiegenen Preise ist.

Umsatzentwicklung von 1971 auf 1972  
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen  
nur von Steuerpflichtigen mit ganzjährigen Umsätzen  
sowohl 1971 als auch 1972

Wirtschaftsbereich	Steuerbarer Umsatz <sup>1</sup>		Veränderung
	1971	1972	
	Mill. DM		%
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei <sup>2</sup>	268,4	293,2	+ 9,2
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	941,9	1 107,5	+ 17,6
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugew.)	10 704,9	11 392,8	+ 6,4
darunter Industrie	7 596,3	7 979,0	+ 5,0
Handwerk	2 705,7	2 980,1	+ 10,1
Baugewerbe	2 850,7	3 086,7	+ 8,3
darunter Industrie	451,8	487,9	+ 8,0
Handwerk	2 246,4	2 438,0	+ 8,5
Großhandel	9 883,2	10 621,4	+ 7,5
Handelsvermittlung	399,0	439,5	+ 10,2
Einzelhandel	6 160,5	6 766,5	+ 9,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	760,7	836,8	+ 10,0
Dienstleistungen <sup>3</sup>	3 024,9	3 334,9	+ 10,2
darunter Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	833,8	908,2	+ 8,9
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörpersch., Sozialversicherung	197,6	225,9	+ 14,3
Insgesamt	35 191,7	38 105,2	+ 8,3

1) bei Regelbesteuerten ohne Umsatzsteuer, bei nach § 19 UStG Besteuerten mit niedrigem Gesamtumsatz einschließlich Umsatzsteuer  
2) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftliche Betriebe im Sinne des § 24 UStG  
3) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

4) Inzwischen war durch das Steueränderungsgesetz 1973 vom 26. 6. 1973 (BGBl. I S. 676) mit Wirkung vom 9. Mai 1973 eine neue Investitionssteuer eingeführt worden, die ausschließlich konjunkturpolitischen Zwecken diene. Sie trug zwar den gleichen Namen, hatte jedoch mit der ausgelaufenen Investitionssteuer im Sinne des § 30 UStG 1967 nichts zu tun. Auch sie ist inzwischen wieder aufgehoben worden

## Steuerpflichtige mit niedrigem Gesamtumsatz

Die Zahl der Kleinunternehmer, die ihre Umsätze gem. § 19 UStG nach dem alten Bruttoumsatzsteuerrecht besteuern ließen, ist weiter zurückgegangen. Im Jahre 1972 wurden nur noch 6 689 Steuerpflichtige mit niedrigem Gesamtumsatz nach dieser Sonderregelung besteuert, das sind 28% weniger als 1970. Ihr Anteil am insgesamt erfaßten steuerbaren Umsatz sank auf unter 1%. Es wurden insgesamt nur noch 389 Mill. DM umgesetzt. Die Sonderregelung des § 19 UStG kann nur in Anspruch genommen werden, sofern der Gesamtumsatz des vorangegangenen Kalenderjahres zuzüglich der darauf entfallenden Steuer 60 000 DM nicht überstiegen hat. Es liegt auf der Hand, daß durch die ständige Erhöhung des Preisniveaus und die Entwicklung zu immer größeren Unternehmen die Bedeutung des § 19 UStG auch in Zukunft weiter abnehmen muß. Der besonders auffallende Rückgang der Kleinunternehmen im Zeitraum 1970/72 hat aber auch eine methodische Ursache: die erstmals 1972 nichterfaßten Jahreszahler dürften größtenteils ihre Umsätze mit 4%

nach altem Recht haben besteuern lassen. Ihr Ausfall wird daher auf das Ergebnis nicht ohne Einfluß gewesen sein.

Am stärksten verbreitet ist die Bruttobesteuerung bisher noch im Dienstleistungsbereich. Vom steuerbaren Umsatz der Kleinunternehmer entfielen im Jahre 1972 allein 46% auf diese Wirtschaftsabteilung. Hierunter ist insbesondere das Friseurgewerbe als eine jener typischen Branchen zu nennen, deren Unternehmer überwiegend die Sonderregelung in Anspruch nehmen, die für sie im Prinzip eine Beibehaltung des alten Umsatzsteuerrechts bedeutet.

## Gliederung nach Größenklassen

Die Gliederung der Steuerpflichtigen und ihrer steuerbaren Umsätze nach Umsatzgrößenklassen, wie sie in der folgenden Tabelle dargestellt ist, läßt erkennen, daß auch im Zeitraum 1970/72 die Tendenz zur Konzentration der Umsätze auf immer weniger Unternehmen in den oberen Größenklassen angehalten hat. Die Entwicklung war jedoch nicht so stark ausgeprägt wie zwei Jahre zuvor. Vom Rückgang der Zahl der Steuerpflichtigen sind ausschließlich die 4 untersten Größenklassen betroffen, und zwar um so stärker, je niedriger der Umsatz der Unternehmen ist. Der Anteil der Unternehmen, die auf diese vier Klassen entfallen, hat sich infolgedessen von 72% auf 66% vermindert; auf sie entfielen 1972 nur noch 8,5% des steuerbaren Umsatzes (1970 : 10,5%).

Dagegen nahm die Besetzung in allen Größenklassen oberhalb des Schwellenwertes von 250 000 DM weiter zu. Am stärksten war

Steuerpflichtige 1972 mit niedrigem Gesamtumsatz  
gemäß § 19 UStG

Wirtschaftsbereich	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz <sup>1</sup>	
	Anzahl	% <sup>2</sup>	Mill. DM	% <sup>2</sup>
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei <sup>3</sup>	198	12,5	7,2	2,0
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	6	4,5	0,2	0,0
Verarbeitendes Gewerbe (ohne Baugew.)	831	7,7	28,5	0,2
darunter Industrie	9	0,6	0,2	0,0
Handwerk	709	9,3	24,3	0,7
Baugewerbe	485	7,8	18,0	0,4
darunter Handwerk	426	7,8	15,6	0,5
Großhandel	87	2,3	2,9	0,0
Handelsvermittlung	172	5,9	5,8	1,1
Einzelhandel	744	5,0	25,0	0,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	407	14,2	14,7	1,5
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	55	23,7	5,1	9,1
Dienstleistungen <sup>4</sup>	3 655	23,1	178,2	4,5
darunter Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	1 481	20,3	58,2	5,3
Friseurgewerbe	912	55,4	36,9	32,2
Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörpersch., Sozialversicherung	49	31,6	103,4	39,0
<b>Insgesamt</b>	<b>6 689</b>	<b>11,3</b>	<b>388,9</b>	<b>0,9</b>

1) einschließlich Umsatzsteuer

2) aller Steuerpflichtigen/steuerbaren Umsätze des betreffenden Wirtschaftsbereichs

3) ohne nichtsteuerbelastete land- und forstwirtschaftlichen Betriebe im Sinne des § 24 UStG

4) soweit von Unternehmen und freien Berufen erbracht

Steuerpflichtige und Umsätze 1972 nach Umsatzgrößenklassen

Umsatzgrößenklasse in 1 000 DM  in Mill. DM	Steuerpflichtige		Steuerbarer Umsatz		Steuer-vorauszahlung (Zahllast)	
	in %	in Meßzahl (1970 = 100)	in %	in Meßzahl (1970 = 100)	in %	Anteil am steuerbaren Umsatz in %
12 – 20	4,0	71	0,1	71		
20 – 50	16,5	84	0,8	85	1,2	3,1
50 – 100	19,3	92	1,9	92	4,0	4,0
100 – 250	26,4	99	5,8	100	10,3	3,3
250 – 500	15,4	110	7,3	111	11,3	2,9
0,5 – 1	8,8	122	8,2	123	11,7	2,7
1 – 2	4,4	120	8,3	119	10,5	2,4
2 – 5	3,1	123	12,8	124	13,8	2,0
5 – 10	1,1	122	10,3	122	10,9	2,0
10 – 25	0,6	125	13,3	128	11,1	1,6
25 und mehr	0,3	115	31,3	122	15,2	0,9
<b>Insgesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>98</b>	<b>100,0</b>	<b>119</b>	<b>100,0</b>	<b>1,9</b>

die prozentuale Veränderung in der zweitobersten Klasse. Hier erhöhte sich die Zahl der Steuerpflichtigen um ein Viertel, der steuerbare Umsatz sogar um 28%. Die Zahl der Umsatzmillionäre stieg auf 5 695. Somit erzielte fast jeder zehnte Unternehmer in Schleswig-Holstein einen Umsatz von mehr als 1 Mill. DM. Diese "Millionäre" vereinigten 76% des insgesamt erfaßten Umsatzes auf sich.

Der Anteil der Zahllast am steuerbaren Umsatz nimmt - wenn man die Kleinunternehmen außer acht läßt - mit zunehmender Umsatzgrößenklasse kontinuierlich ab. Dies ist hauptsächlich auf die unterschiedliche Höhe sowohl der Steuersätze wie auch der

geltend gemachten Vorsteuerabzüge zurückzuführen. Steuerfreie Umsätze (z. B. durch Exporte), ermäßigte Steuersätze (z. B. im Lebensmittelhandel) und hohe Vorsteuerabzüge (z. B. im Großhandel) treten offensichtlich relativ häufiger bei Großunternehmen auf als bei Kleinbetrieben und bringen dementsprechend eine unterschiedliche Verteilung der Zahllast mit sich.

Klaus Scheithauer

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht L IV 1 enthalten. Vergleiche auch: "Die Umsätze und ihre Besteuerung im Jahre 1970" in dieser Zeitschrift 1972, S. 50 (März) und "Umsätze und ihre Besteuerung (Vorläufiges Ergebnis der Umsatzsteuerstatistik 1972)" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 221 (März)

## Arbeitskräfte in der Landwirtschaft

Die Zahl der Vollbeschäftigten in der Landwirtschaft (einschließlich Haushalt) ist innerhalb von zwei Jahren um fast 15% auf nunmehr 76 200 Personen zurückgegangen. Die Abnahme war stärker als in vergleichbaren vorangegangenen Perioden und betrifft die Familienarbeitskräfte und die familienfremden Arbeitskräfte sowie Männer und Frauen etwa in gleichem Ausmaß. Da auch die Zahl der Teilbeschäftigten abgenommen hat, liegt zumindestens per Saldo keine Verschiebung von der Voll- zur Teilbeschäftigung vor, sondern ein echter Verlust an in diesem Wirtschaftsbereich tätigen Personen. Die vermittelte Information wird bestätigt, wenn man die seit einigen Jahren neu in die Beobachtung aufgenommene Reihe der

voll mit betrieblichen Arbeiten beschäftigten Arbeitskräfte ansieht, bei der also die gesamte Hausarbeit unberücksichtigt blieb. Derart vollbeschäftigte Personen gab es im Wirtschaftsjahr 1972/73 noch 45 200, darunter 41 300 Männer, von denen wiederum 30 400 zur Betriebsinhaberfamilie gehörten; das waren bei allen Gruppen 15 bis 17% weniger als zwei Jahre zuvor.

Bei den Erhebungen über die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft werden in zweijährigen Abständen die in bestimmten Zählungsmonaten in den Betrieben beschäftigten Personen repräsentativ erfaßt. Dabei fällt natürlich keine direkte Information über die zwischen den Zählungen ausgeschiedenen Personen an. Solche Informationen wären aber aus vielerlei Gründen erwünscht, so zum Beispiel zur besseren Abschätzung der möglichen zukünftigen Entwicklung oder der Auswirkungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt oder um die Situation der in der Landwirtschaft verbliebenen Personen besser beurteilen zu können. Gewisse Einblicke hierzu lassen sich jedoch auch aus einer weiteren Aufgliederung des Materials durch Gruppenvergleiche gewinnen. Hierzu zeigt unsere zweite Tabelle zunächst die Entwicklung des betrieblichen Arbeitsaufwandes je Betrieb in den einzelnen Betriebsgrößenklassen. Der betriebliche Arbeitsaufwand - ausgedrückt in Vollarbeitskräften (AK) - ist eine Rechengröße, bei der die Arbeitsleistung sämtlicher in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, egal ob voll- oder teilbeschäftigt, Mann oder Frau, jung oder alt, auf einen Nenner gebracht wird. Als Maß hierfür gilt die durchschnittliche Arbeitsleistung aller männlichen Per-

Vollbeschäftigte in landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr ha LF			
Erhebungs- jahr	Insgesamt	darunter Männer	
		zusammen	Familienmitglieder
	Eingruppierung nach Tätigkeitsbereich Betrieb und Haushalt		
1949	247 500	138 500	69 900
1956	178 500	98 400	58 500
1960	149 600	81 100	51 900
1964/65	124 500	68 600	47 300
1966/67	112 600	61 800	44 400
1968/69	99 900	54 600	39 300
1970/71	89 100	49 400	36 200
1972/73	76 200	41 600	30 700
	darunter: Eingruppierung nach betrieblicher Tätigkeit (also ohne Haushalt)		
1964/65	76 900	68 200	46 900
1966/67	68 100	61 500	44 100
1968/69	60 600	54 300	39 000
1970/71	54 500	49 000	35 800
1972/73	45 200	41 300	30 400



sonen, die regelmäßig mindestens 45 Wochenstunden (bei familienfremden Arbeitskräften 42 Wochenstunden) in den Betrieben beschäftigt sind. Für Personen unter 16 Jahren und über 65 Jahren werden altersspezifische Abzüge vorgenommen.

Betrieblicher Arbeitsaufwand					
Arbeitskräfteeinheiten (AK) je Betrieb					
	1964/65	1966/67	1968/69	1970/71	1972/73
in allen Betrieben					
2 - 5	0,8	0,8	0,7	0,8	0,8
5 - 10	1,3	1,2	1,1	1,1	1,0
10 - 20	1,7	1,5	1,5	1,4	1,3
20 - 30	1,8	1,8	1,7	1,7	1,5
30 - 50	2,3	2,1	2,1	1,9	1,8
50 und mehr	5,1	4,5	3,9	3,6	2,8
<b>Zusammen</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,7</b>	<b>1,8</b>	<b>1,6</b>
in hauptberuflich bewirtschafteten Betrieben					
2 - 5	1,2	1,3	1,2	1,5	1,8
5 - 10	1,4	1,4	1,4	1,5	1,6
10 - 20	1,7	1,6	1,5	1,5	1,5
20 - 30	1,8	1,8	1,7	1,7	1,6
30 - 50	2,4	2,1	2,1	2,0	1,8
50 und mehr	5,1	4,5	3,9	3,6	2,9
<b>Zusammen</b>	<b>2,1</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>	<b>2,0</b>	<b>1,9</b>

Insgesamt gesehen zeigt sich, daß der AK-Besatz je Betrieb in den meisten Größenklassen ständig abgenommen hat. Im einzelnen gibt es jedoch charakteristische Unterschiede, und zwar insbesondere dann, wenn die von ihren Inhabern hauptberuflich bewirtschafteten Betriebe gesondert herausgestellt werden. Naturgemäß ist der Arbeitsaufwand je Betrieb in vergleichbaren Betriebsgrößen bei den hauptberuflich bewirtschafteten Betrieben stets höher als im Durchschnitt aller Betriebe. Dabei zeigt sich in den flächenarmen hauptberuflich bewirtschafteten Betrieben, sogar eine steigende Tendenz, da hier offensichtlich immer mehr nur die Betriebe in der Produktion verbleiben, die arbeitsintensive Spezialbetriebszweige aufweisen. In den einzelnen Betriebsgrößenklassen zwischen 5 und 30 ha ist der durchschnittliche AK-Besatz je hauptberuflich bewirtschafteten Betrieb heute weitgehend ausgeglichen. Aus diesen Betriebsgrößen werden Arbeitskräfte in der Regel nur noch frei, wenn die Betriebe zum Nebenerwerb übergehen, sich ganz auflösen oder mit anderen verschmelzen. Anders sieht es in den größeren Betrieben aus. Dort hat zum Beispiel die Zahl der Betriebe mit 50 und mehr ha LF in dem letzten betrachteten Zweijahreszeitraum um rund 530 Einheiten zugenommen, während die Zahl der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in dieser Größenklasse am Ende sogar um 2 000 Personen kleiner war als zu Beginn. Der AK-Besatz je Betrieb sank dadurch in dieser Gruppe absolut noch stärker ab als

in den letzten vorangegangenen Perioden. Diese Entwicklung steht im Zusammenhang mit der beobachteten fortschreitenden Betriebsvereinfachung in den flächenreichen Betrieben.

#### Vollbeschäftigte Familienarbeitskräfte nach dem Alter

Beschäftigungsbereich Betrieb und Haushalt (Betriebe mit 2 und mehr ha)			
Alter	1968/69	1970/71	1972/73
Betriebsinhaber			
14 – 25 Jahre	400	300	400
25 – 45 "	15 100	13 500	13 100
45 – 65 "	14 300	12 700	11 300
65 und mehr Jahre	1 800	1 800	1 000
Familienangehörige			
14 – 25 Jahre	6 700	6 400	4 500
25 – 45 "	23 300	20 600	18 200
45 – 65 "	16 100	14 200	11 800
65 und mehr Jahre	3 000	3 000	2 400

Weitere Einblicke ermöglicht die Gliederung der Beschäftigten nach dem Alter. Unsere dritte Tabelle gliedert die vollbeschäftigten Betriebsinhaber und deren Familienangehörige nach vier Altersgruppen. Hieran wird deutlich, daß bei den Betriebsinhabern die Zahl der über 45jährigen und bei den Familienangehörigen die der unter 25jährigen besonders stark abgenommen hat. Diese Zahlen bestätigen die Beobachtung, daß überwiegend ältere Betriebsinhaber ihre Betriebe aufgeben, und daß der Nachwuchs sich der Landwirtschaft immer mehr entzieht. Besonders auf dieses Nachwuchsproblem hatten wir vor einigen Jahren an dieser Stelle<sup>1</sup> bereits anhand einer detaillierten Alterskurve hingewiesen, die wir für alle in der Landwirtschaft vollbeschäftigten Männer aus der Arbeitskräfteerhebung 1968/69 gewonnen hatten. Hierzu liegt aus der Landwirtschaftszählung von 1971/72 nunmehr Vergleichsmaterial vor, so daß die Veränderung der Zahl vollbeschäftigter Männer in der Landwirtschaft nunmehr Jahrgang für Jahrgang aufgezeigt werden kann. Gegenüber unserer damaligen Darstellung haben wir jetzt die familienfremden Arbeitskräfte von den Familienarbeitskräften getrennt, um die Abnahmeraten für beide Gruppen gesondert aufzeigen zu können. In den Grafiken wurden die 1968/69 je Jahrgang ermittelten Personenzahlen den 1971/72 ermittelten - um 3 Jahre verschoben - gegenübergestellt, so daß die erfolgte Abwanderung als Differenz direkt sichtbar wird.

Unsere Abbildung zeigt im oberen Teil, daß die vollbeschäftigten männlichen Familienarbeitskräfte, die sich 1971/72 im Alter zwischen 24 und 36 Jahren befanden, im

<sup>1</sup>) in dieser Zeitschrift 1970 (September)

Vergleich zu 1968/69 praktisch unverändert vorhanden sind. Es kann unterstellt werden, daß nur wenige Personen von außen in diese Gruppe hineingewandert sind. Daraus folgt, daß in dieser Personengruppe während des dargestellten 3-Jahres-Zeitraums fast keine Abwanderung aus der Landwirtschaft stattgefunden hat. Anders und in Anbetracht der ohnehin niedrigen Ausgangszahlen gravierend sieht es bei den jungen Familienarbeitskräften aus. Ihre Zahl hat sich durch Abwanderung zum Teil bereits unter den Stand der geburtenschwachen Jahrgänge (um 1945) der heute Mitt-Zwanzig-Jährigen vermindert. Ein geringer Teil der ausgeschiedenen Personen könnte allerdings auch in fremden Betrieben volontieren. Bei den Personen, die 1971/72 zwischen 37 und etwa 50 Jahren alt waren, werden in den einzelnen Jahrgängen nur geringe Abwanderungsraten (ca 5% in 3 Jahren) sichtbar. Zum Teil mögen die Personen auch von der Voll- zur Teilbeschäftigung übergegangen sein. Nach dem kriegsbedingten Einschnitt der Alterskurve um das 53. Lebensjahr beginnt die stärkste Abnahme. Sie ist dort jedoch weitgehend altersbedingt.

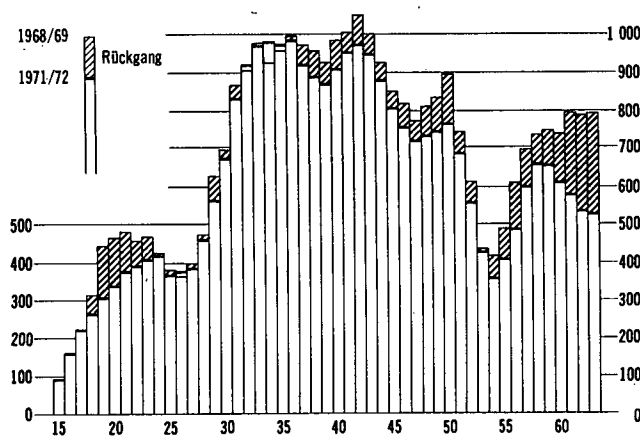
Die Zahl der in der Landwirtschaft vollbeschäftigten männlichen Familienarbeitskräfte dürfte auch in den nächsten Jahren noch stark sinken. Diese Abnahme wird vorübergehend geringer werden, wenn die kriegsdezimierten Jahrgänge das normale Ausscheidealter erreicht haben. Wenn diesem Personenkreis von außen keine Kräfte hinzugeführt werden, muß nach einer weiteren Reihe von Jahren erneut mit einem stärkeren Absinken der Beschäftigtenzahl gerechnet werden.

Im unteren Teil des Bildes ist die Altersstruktur der männlichen ständigen familienfremden Arbeitskräfte entsprechend dargestellt. Hier zeigen sich kräftige Abnahmeraten bei den Personen, die 1971/72 etwa zwischen 30 und 40 Jahre alt waren. Wenn sich diese Personengruppe auch weit weniger als die Familienarbeitskräfte aus dem eigenen Nachwuchs ergänzt, so kann auch hier ganz allgemein festgestellt werden, daß nur wenig Nachwuchs vorhanden ist. Bei unserer früheren Darstellung konnten wir nicht wissen,

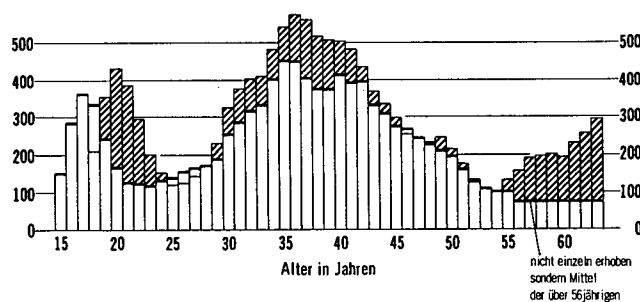
## Männliche Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Rückgang von 1968/69 bis 1971/72

D - 4569

### VOLLBESCHÄFTIGTE FAMILIENARBEITSKRÄFTE



### STÄNDIG BESCHÄFTIGTE FAMILIENFREMDE ARBEITSKRÄFTE



ob es sich bei der starken Spitze der unter 20jährigen Personen mehr um Bauernsöhne in Fremdlehre oder um "junge Leute" handelte, die wie zu allen Zeiten kurzfristig in der Landwirtschaft arbeiten, bevor sie zum Beispiel in die Bundeswehr eintreten oder einen sonstigen außerlandwirtschaftlichen Beruf ergreifen. Die hier gebrachte Gegenüberstellung zeigt nun, daß letzteres von weit größerem Gewicht ist. Die damals etwa 16- bis 18jährigen sind weitgehend abgewandert, an ihre Stelle sind neue "junge Leute" getreten, die sich 1971/72 in diesem Alter befanden und die im Jahre 1974 vermutlich bereits wieder anderen "jungen Leuten" Platz gemacht haben werden.

Dr. Dieter Mohr

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C IV 1 enthalten

# Die Produktionsentwicklung in den schleswig-holsteinischen Baumschulen

Innerhalb des schleswig-holsteinischen Gartenbaus nehmen die Baumschulen - gemessen am Produktionswert - nach wie vor den ersten Rang ein. Danach folgt mit Abstand der Zierpflanzenbau (Blumen und Zierpflanzen). Diese beiden Sparten, die - insbesondere seit der Einführung von Containern im Baumschulwesen und seit Aufkommen der "Gartencenter" mit ihrem breitgefächerten Sortiment - zunehmend fließende Übergänge zeigen und häufig in Betrieben kombiniert vorkommen, gehörten in den vergangenen Jahren zu den Wachstumssparten des Gartenbaus. Die Sparten Obstbau und Gemüsebau dagegen schrumpften besonders in den letzten Jahren in Schleswig-Holstein stark.

Nach Berechnungen des MELF<sup>1</sup> betrugen die Verkaufserlöse der schleswig-holsteinischen Baumschulen im Wirtschaftsjahr 1972/73 rund 169 Mill. DM. Das sind fast 18% der Verkaufserlöse für pflanzliche Erzeugnisse der gesamten Landwirtschaft und 5% der Verkaufserlöse insgesamt (einschließlich tierischer Erzeugnisse).

Die Steigerungsquote gegenüber dem Vorjahr war bei den Baumschulerzeugnissen mit + 29% besonders hoch<sup>2</sup>. Dagegen stehen + 8% bei den Verkaufserlösen aus Blumen und Zierpflanzen und - 11% bei den Verkaufserlösen aus Gemüse.

Die Steigerung der Verkaufserlöse dürfte allerdings zu einem großen Teil durch höhere Preise bedingt sein. Wie noch aufgezeigt werden soll, kommt eine Verlagerung der Produktion auf wertvollere Pflanzen- und Anzuchtarten hinzu.

Wenn einleitend die Baumschulen als Wachstumssparte des Gartenbaus eingestuft wurden, so gilt diese Aussage, wie die folgenden Darstellungen zeigen, nicht für alle Produktionsrichtungen der Baumschulen.

Ausgedehnt wurde vor allem die Produktion an Ziergehölzen und Rosen, Erzeugnisse, bei denen die Nachfrage mit steigendem Lebensstandard zunimmt und zwar von Seiten der privaten Haus- und Gartenbesitzer ebenso wie von der öffentlichen Hand, von privaten und öffentlichen Bauträgern und ähnlichen.

<sup>1</sup>) Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, "Schleswig-Holstein im Agrarbericht 1974", Material für die Pressekonferenz, Kiel 20. 3. 1974

<sup>2</sup>) Für die Bundesrepublik insgesamt wird im Agrarbericht 1974 (Materialband, S. 22) eine Steigerung von 350 Mill. DM auf 370 Mill. DM (+ 6 %) ausgewiesen

Die Flächen der Baumschulen<sup>1</sup> in ha

Produktionsrichtung	1965	1969	1973
Obstgehölze	275	245	165
Ziergehölze und Rosen	1 638	2 000	2 326
Forstpflanzen	1 214	956	1 006

<sup>1</sup>) ohne "Sonstige Flächen" in den Baumschulen

Darüber hinaus ist auch der Export - insbesondere bei Rosen und Rosenunterlagen - gestiegen. Der Flächenausdehnung bei Ziergehölzen und Rosen um 688 ha (+ 42%) von 1965 bis 1973 steht eine Reduzierung der Obstgehölz-Anzuchtfläche der Baumschulen um 110 ha (- 40%) gegenüber. Dieser Rückgang ist vor allem Folge des wegen mangelnder Rentabilität stark eingeschränkten Erwerbsobstbaus. In Schleswig-Holstein ging die Fläche des intensiven Verkaufsobstbaus von 2 400 ha im Jahre 1965 auf weniger als 1 400 ha im Jahre 1972/73 zurück. Auch die private Nachfrage nach Obstgehölzen dürfte begrenzt bleiben, da die heute überwiegenden kleinen Einfamilienhausgrundstücke kaum nennenswerten Anbau von Obstbäumen zulassen und in Bauerngärten aus arbeitswirtschaftlichen Gründen kaum noch Obstbäume gepflanzt werden. Sogar Schrebergärten dienen heute bereits zum Teil der Erholung und werden mit Ziergehölzen statt mit Obstgehölzen oder Gemüse bepflanzt.

Die Flächen der Forstgehölze waren bis zum Jahre 1969 um 260 ha reduziert worden. Seitdem ist wieder eine leichte Zunahme zu erkennen. Diese Zunahme dürfte eine vorübergehend zunehmende Forstpflanzenproduktion anzeigen, aber auch eine Folge verstärkter Anzucht von Ziergehölzjungpflanzen in den Forstbaumschulen sein.

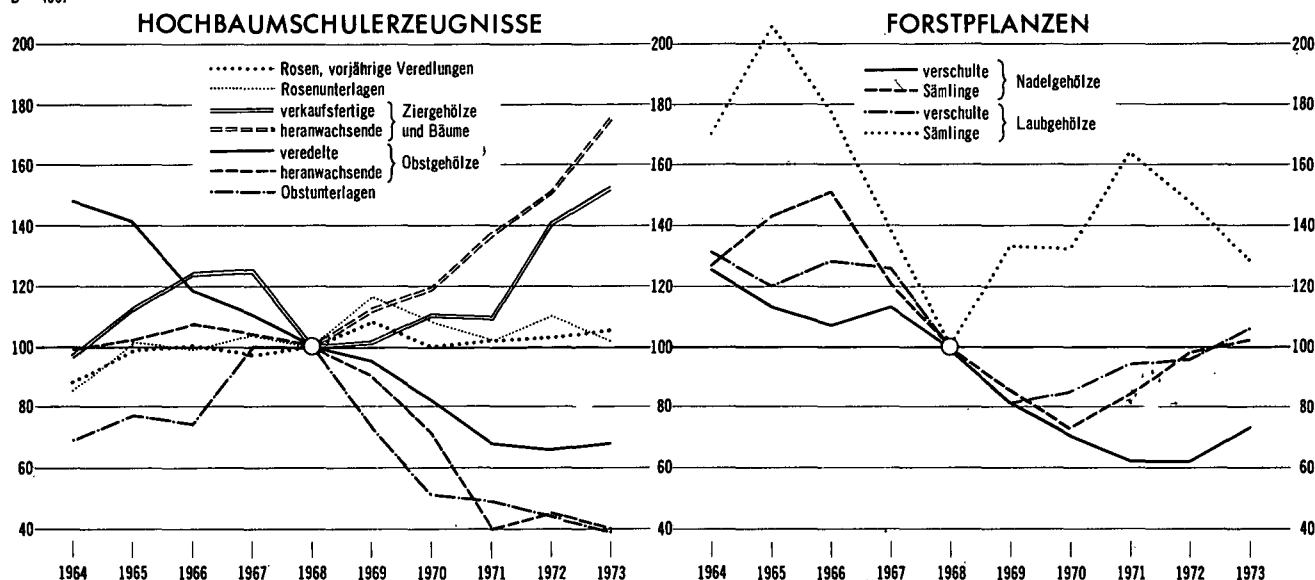
Über die Pflanzenbestände in den Baumschulen liegen nunmehr für zehn Jahre vergleichbare Ergebnisse vor. Zur besseren Vergleichbarkeit wurde die Entwicklung während dieses Zeitraumes durch Meßzahlen (1968 = 100) dargestellt.

Was sich bereits bei der Entwicklung der Baumschulflächen andeutete, läßt sich auch an der Entwicklung der Pflanzenbestände erkennen: langfristige Abnahme der Obstgehölze, Zunahme der Ziergehölze und langfristige Abnahme - allerdings nicht so deutlich und generell - der Forstgehölze.

Stetig abgenommen hat von 1964 bis 1972 die Zahl der veredelten Obstgehölze. Von

# Die langjährige Entwicklung der Baumschul-Pflanzenbestände in Meßziffern (1968 = 100)

D - 4567



1971 auf 1972 war die Abnahme allerdings nur noch gering und von 1972 bis 1973 gab es eine leichte Zunahme. Während 1963 noch 4 Millionen Stück und 1964 3,2 Millionen veredelte Obstgehölze nachgewiesen wurden, waren es in den letzten drei Jahren nur noch gut 1,4 Millionen Stück. Rückläufig waren neben der Anzucht veredelter Obstgehölze auch die der heranwachsenden Obstgehölze und der Unterlagen. Die Bestände an Obstunterlagen wuchsen noch bis 1967, um dann von 1969 an ebenfalls stark abzunehmen.

Eine positive Entwicklung hat die Anzucht von Ziergehölzen und Rosen während der letzten zehn Jahre genommen. Betrachtet man die Kurven der verkaufsfertigen und heranwachsenden Ziergehölze, so deutet sich hier ein Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung an. Ebenso wie die Bestände an verkaufsfertigen Ziergehölzen wurden auch die Bestände an heranwachsenden Ziergehölzen, für die seit 1968 Zahlen erhoben werden, während der letzten fünf Jahre ständig vergrößert.

Nicht oder wenig von diesem Aufschwung betroffen waren Heckenpflanzen, Schling- und Kletterpflanzen, Freilandazaleen, Laubbäume mit Krone und Pappeln. Dagegen hatten Nadelgehölze - insbesondere die niedrigbleibenden Formen -, laubabwerfende Ziersträucher und die "sonstigen immergrünen Ziergehölze und Moorbeetpflanzen", zu denen auch die heute so verbreitet angewendeten "Bodendecker" gehören, bemerkenswert hohe Zuwachsraten.

Am wenigsten veränderten sich während der Vergleichszeit die Bestände an Rosen und

Rosenunterlagen. Die Produktionsausweitung war hier bereits im Jahre 1965 abgeschlossen. Der damals erreichte hohe Stand wurde gehalten.

Die Produktion an Forstpflanzen verlief in dem Vergleichszeitraum uneinheitlich. Die Bestände an Laubgehölzen, insbesondere der Sämlinge, unterlagen sehr starken Schwankungen, die oft weniger von der Nachfrage, als vielmehr von Menge und Qualität des jeweils vorhandenen Saatguts, von den Anwuchsergebnissen und anderem mehr abhängig waren. Eine eindeutige Tendenz ist nicht zu erkennen. Bei den Nadelgehölzen hat sich die rückläufige Tendenz der Jahre 1966 bis 1970/1971 in den letzten Jahren nicht fortgesetzt. Aber auch hier spielen Abhängigkeiten von Saatgut und Witterung eine große Rolle.

In den letzten Jahren ist die Nachfrage nach Forstpflanzen wieder gestiegen. Einmal werden Aufforstungen nunmehr auch bei privaten Forstbetrieben öffentlich gefördert, da der Wald heute nicht nur Holz zu liefern hat, sondern als positiver Umweltfaktor und als Freizeit- und Erholungsraum zunehmend Bedeutung gewinnt. Auch die schweren Sturmschäden, die in den vergangenen Jahren in Schleswig-Holstein, vor allem aber in Niedersachsen, aufgetreten sind, haben zu einer verstärkten Nachfrage bei Forstpflanzen geführt.

Bei der Baumschulerhebung ist es schwierig, eine exakte Trennung zwischen Ziergehölzen und Alleebäumen einerseits und Pflanzen zur forstlichen Verwendung andererseits einzuhalten. Die sogenannten "Forstbaumschulen" produzieren nämlich - wie es scheint,

in zunehmendem Maße - auch Jungpflanzen ausgesprochener Ziergehölze oder von Gehölzarten, die wahlweise in der Forstwirtschaft verwendet werden können, aber auch von "Hochbaumschulen" weiter verschult werden können, um dann als Ziergehölze oder als Alleebäume im Landschaftsbau oder im privaten Hausgarten Verwendung zu finden. So haben besonders Arten wie zum Beispiel *Picea omorica* (Serbische Fichte), *Picea pungens* u. f. *glauca* (Blaufichte), *Abies nordmanniana* (Nordmannstanne), aber auch ausgesprochene Ziergehölzarten wie zum Beispiel *Berberis* (Berberitze), *Cornus*-(Hartriegel-)arten, *Prunus*-(Zierkirschen-)arten, *Thuja* (Lebensbaum) sowie verschiedene *Abies*-(Tanne) und *Prunus*-(Kiefer)arten größere Verbreitung in den Forstbaumschulen gefunden.

Nach wie vor ist Schleswig-Holstein das bedeutendste Baumschulland der Bundesrepublik. Das gilt insbesondere für die Rosen- und Forstpflanzenproduktion. 35% der Forstpflanzenfläche und 28% der Ziergehölzfläche der Bundesrepublik lagen 1973 in Schleswig-Holstein. Von der Obstgehölzfläche betrug der Anteil nur 17%.

Bei vielen Gehölzarten produzieren die schleswig-holsteinischen Baumschulen die Hälfte, teilweise sogar mehr als die Hälfte der in der Bundesrepublik erzeugten Pflanzen.

Bei der Obstgehölzanzucht sind es 60% der Unterlagen, jedoch nur 18% der veredelten Obstgehölze, bei den Rosen 93% der Unterlagen und 45% der veredelten Rosen. In beiden Fällen werden also erhebliche Mengen an Unterlagen von den schleswig-holsteinischen Baumschulen an solche in anderen Bundesländern verkauft, um dort veredelt oder verschult zu werden.

Von den verkaufsfertigen Ziergehölzen (einschließlich Bäume für Straßen, Parks und Gärten) halten die schleswig-holsteinischen Baumschulen einen ebenfalls hohen Anteil von 47%. Für die heranwachsenden Ziergehölze läßt sich ein Anteil nicht errechnen, da hier keine Zahlen für das gesamte Bundesgebiet veröffentlicht werden.

Bei den Forstpflanzen ist der schleswig-holsteinische Anteil bei den Vorstufen der Anzucht, also bei den Sämlingsbeständen, ebenfalls höher als bei den Beständen an verkaufsfertigen Pflanzen, den verschulten Pflanzen. 69% der Laubgehölz-Sämlinge und 55% der Nadelgehölz-Sämlinge der 1973 ermittelten Bestände des Bundesgebietes wurden in Schleswig-Holstein nachgewiesen. Bei den verschulten Pflanzen betrugen die Anteilswerte 47% für die Laubgehölze und 36% für die Nadelgehölze.

Dr. Matthias Sievers

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht C II 5 enthalten

## Kurzberichte

### Industrielle Kleinbetriebe 1973

Als Kleinbetriebe gelten, von Ausnahmen<sup>1</sup> abgesehen, alle industriellen Produktionsstätten, die weniger als 10 Beschäftigte (einschließlich Inhaber) nachweisen. Seit 1957 ist ihr Bestand von 1 500 auf 1 000, d.h. um etwa ein Drittel, zurückgegangen. In der gleichen Zeit verminderte sich die Zahl aller Industriebetriebe in Schleswig-Holstein um 14%. Die stärkste relative Veränderung trat bei den Betrieben mit 200 bis 499 Beschäftigten ein, deren Anzahl um über 60% gewachsen ist; die Zahl ihrer Beschäftigten nahm von 28 200 in 1957 auf fast 44 000 am 30. 9. 1973 zu, was einer Zuwachsrate von über 50% entspricht.

Die sogenannten Kleinbetriebe hatten am 30. 9. 1973 rund 4 500 Beschäftigte und einen Septemberumsatz von 43,8 Mill. DM. Gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres

ging die Beschäftigtenzahl um etwa 300 zurück, während die Zahl der Betriebe (+ 30) leicht zunahm. Diese Entwicklung dürfte mit der wirtschaftlichen Hochkonjunktur 1972/73 in Zusammenhang stehen, da in Perioden starken Wirtschaftsaufschwungs die Chancen, sich als selbständiger Unternehmer zu versuchen, größer sein dürften als in Stagnations- oder Rezessionsphasen. Auch der Entschluß zur Errichtung von Zweigbetrieben fällt bei expansiver Wirtschaftslage leichter.

Von der gesamten Industrie her gesehen haben die Kleinbetriebe kein sonderliches Gewicht, auf sie entfallen etwa 2% der überhaupt in der schleswig-holsteinischen Industrie beschäftigten Personen; beim Umsatz liegt der Anteil etwas höher (3%), weil ein Teil ausgesprochen kapitalintensiv produziert, was zu überdurchschnittlich hohen Umsatzleistungen führt.

Dessenungeachtet haben die Kleinbetriebe in einigen Industriezweigen zumindest ihrer Zahl nach und damit auch im Hinblick auf die regionale Verteilung größere Bedeutung,

<sup>1</sup>) Meiereien, Spirituosenhersteller, Futtermittelwerke, wenn sie weniger als 6 Beschäftigte haben; Sägewerke mit weniger als 10 Beschäftigten und weniger als 1 000 fm jährlich Rundholzeinschnitt

Industriezweige mit hohem Anteil von Kleinbetrieben  
– Stand 30. 9. 1973, Umsatz September 1973 –

Ausgewählte Industriezweige	Kleinbetriebe		Beschäftigte in Kleinbetrieben		Umsatz in Kleinbetrieben in % des Umsatzes aller Betriebe
	Anzahl	in % aller Betriebe	Anzahl	in % aller Beschäftigten	
Steine und Erden	146	44,5	863	9,5	16,9
Chemie	60	43,5	249	3,0	2,1
Sägewerke	22	43,1	117	9,2	6,2
Stahlverformung, Stahl- und Leichtmetallbau	35	30,7	202	2,7	3,3
Elektrotechnik	32	26,7	140	0,7	1,2
Feinmechanik, Optik	14	32,6	50	0,7	0,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	46	40,7	201	2,3	1,8
Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren	15	60,0	57	18,3	7,7
Holzverarbeitung	45	42,5	180	3,1	3,0
Papier- und Papierverarbeitung	24	37,5	145	3,7	3,5
Druckerei und Vervielfältigung	108	44,8	455	3,6	2,4
Kunststoffverarbeitung	50	44,6	241	5,5	4,8
Bekleidungsindustrie	36	34,3	126	2,1	1,6
Meiereien	76	47,5	269	9,5	11,5
Fischverarbeitung	25	41,7	128	5,5	5,7
Spirituosenindustrie	35	66,0	87	10,9	4,4
Mineralwasser, Limonaden	21	51,2	90	8,3	9,9
Futtermittelindustrie	17	35,4	65	7,2	4,8
Alle Industriezweige	985	38,3	4 512	2,3	3,1

während es in anderen Industriezweigen überhaupt keine Kleinbetriebe gibt (z. B. Brauereien, Papier- und Pappeerzeugung).

Wie aus der vorstehenden Tabelle ersichtlich, gehören ungefähr vier von zehn Produktionsstätten zu den sogenannten Kleinbetrieben, in einigen Branchen machen die Kleinbetriebe sogar mehr als die Hälfte der überhaupt vorhandenen Industriebetriebe aus. Unter dem Gesichtspunkt des Angebots von Arbeitsplätzen sind die Kleinbetriebe jedoch, wie bereits angedeutet, von geringer Bedeutung. Lediglich in der Steine-und-Erden-Industrie und abgeschwächt in der Druckerei- und Vervielfältigungsindustrie sowie in den Meiereien (hier jedoch mit der Einschränkung auf 5 Beschäftigte) ist einige Substanz vorhanden; diese drei Branchen haben zusammen nämlich gut ein Drittel des Beschäftigtenbestandes der Kleinbetriebe. Eine ausgesprochen "kleinbetriebliche" Struktur weist z. B. der Industriezweig "Musikinstrumente, Spiel- und Sportwaren" auf: 60% seiner Betriebe haben weniger als 10 Beschäftigte, der Beschäftigten-

anteil dieser kleinen Betriebe (Durchschnitt weniger als 4 Beschäftigte) erreicht mit über 18% einen extremen Wert. Umgekehrt liegt der Umsatzanteil mit knapp 8% unter dem Beschäftigtenanteil, was den Schluß zuläßt, daß die Umsatzleistung je Beschäftigten in den Kleinbetrieben merklich niedriger liegt als in den größeren. Ist der Umsatzanteil der Kleinbetriebe, wie z. B. im Industriezweig "Steine und Erden", jedoch größer als der Beschäftigtenanteil, dann werden in den Kleinbetrieben (etwa wegen höherer Kapitalintensität der Produktionsverfahren) höhere Umsätze je Beschäftigten als bei den größeren Betrieben erzielt. Im September 1973 waren das 16 500 DM je Beschäftigten in den kleinen Betrieben gegenüber 8 500 DM in den monatlich meldenden größeren Betrieben des Industriezweiges "Steine und Erden". Für die gesamte Industrie belaufen sich die Umsatzwerte auf 9 700 DM in den Kleinbetrieben und 7 300 DM je Beschäftigten bei den Monatsmeldern.

Siegfried Schwarz

## Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im Jahre 1973

Bei der Einzelhandelsstatistik handelt es sich um eine Erhebung auf repräsentativer Basis (Stichprobenerhebung). Die Umsätze der nach dem Zufallsprinzip ausgewählten Unternehmen werden monatlich zum Landesergebnis hochgerechnet und auf eine feste Basis (Umsatz des Jahres 1970, geteilt durch 12) bezogen. Das Ergebnis sind Meßzahlen, die die Änderung der Einzelhandelsumsätze gegenüber dem Basisjahr darstellen.

Im Jahre 1973 haben sich die Einzelhandelsumsätze weiter erhöht. Die Umsatzsteigerung war mit 7,1% jedoch geringer als in den Jahren 1971 (+ 14,7%) und 1972 (+ 8,7%). In den einzelnen Bereichen des Einzelhandels war die Entwicklung recht unterschiedlich. Gegenüber 1972 wurden überdurchschnittliche Zuwachsraten im Einzelhandel mit Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+ 26,4%), mit Waren verschiedener Art (+ 19,1%), mit Papierwaren und Druckerzeugnissen (+ 12,5%) sowie mit Nahrungs- und Genußmitteln (+ 7,3%) erzielt. Unterdurchschnittlich entwickelte sich der Umsatz im Einzelhandel mit Eisen- und Metallwaren, Hausrat und Wohnbedarf (+ 6,8%), mit elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten (+ 6,5%), mit pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und



Reinigungsmitteln (+ 5,5%), mit sonstigen Waren (+ 2,6%) sowie mit Textilwaren und Schuhen (+ 2,0%). Unter den Vorjahreswerten blieb nur der Einzelhandel mit Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen (- 3,0%).

Die außergewöhnliche Umsatzsteigerung im Einzelhandel mit Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr war eine Folge der Ölkrise. Im Einzelhandel mit Brennstoffen (Kohle, Heizöl, Torf und Brennholz) verlief die Entwicklung im vergangenen Jahr folgendermaßen: Von Januar bis einschließlich Juli gingen die Umsätze, jahreszeitlich bedingt, zurück, wobei sich der Rückgang im üblichen Rahmen hielt. In den folgenden vier Monaten kletterten die Umsätze dann sprunghaft an. Im November wurde etwa doppelt so viel umgesetzt wie im Juli. Im Dezember schließlich gingen die Umsätze wieder zurück.

Zu Beginn der Ölkrise war auch der Umsatz bei Kraftstoffen und Schmiermitteln - erfaßt werden nur die Umsätze der freien Tankstellen, nicht aber die der Vertragstankstellen der internationalen Ölkonzerne - kräftig angestiegen. Doch bereits im September zeichnete sich eine gegenläufige Entwicklung ab, die sich im Oktober noch verstärkte. Dieses Ergebnis macht deutlich, wie angespannt die Versorgungslage bei den freien Tankstellen im Herbst vorigen Jahres war. Im November konnten die freien Tankstellen ihren Umsatz wieder erhöhen, doch im Dezember erlitten sie erneut einen Rückschlag.

Negativ hat sich die Krise im Energiebereich vor allem auch im Einzelhandel mit Kraftwagen und Krafträdern ausgewirkt. Der Handel mit Fahrrädern und Mopeds erhielt dagegen erwartungsgemäß einen kräftigen Auftrieb. Für die übrigen Branchen lassen sich keine außergewöhnlichen Abweichungen von der üblichen Entwicklung feststellen.

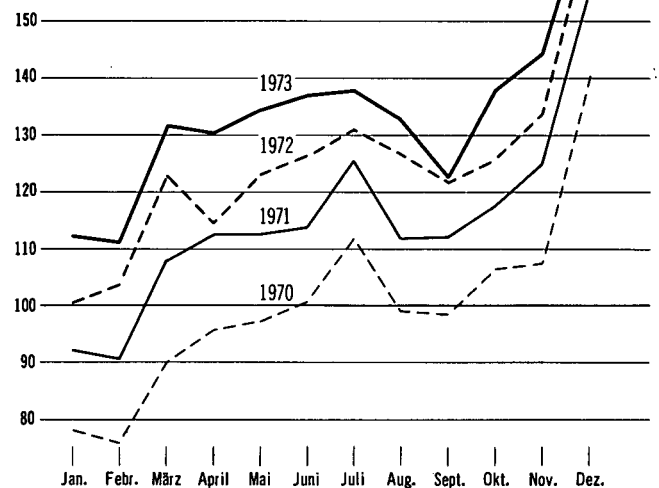
Die graphische Darstellung vermittelt einen Eindruck von der zeitlichen Verteilung der Umsätze innerhalb eines Kalenderjahres. Dargestellt sind die Umsatzmeßzahlen für den Einzelhandel insgesamt in den vergangenen vier Jahren.

Wie man sieht, wurden die meisten Umsätze im Dezember getätigt. Die Ursache hierfür ist das Weihnachtsfest. Infolge der erhöhten Ausgaben für Weihnachtsgeschenke zum Ende des Jahres reagieren die Verbraucher in den beiden folgenden Monaten mit einer Einschränkung ihrer Nachfrage. Nur die allernotwendigsten Dinge werden gekauft.

## Einzelhandelsumsätze im Jahresverlauf

in Umsatzmeßziffern, 1970 = 100

D - 4563



Entsprechend sinken die Umsatzmeßzahlen weit unter den Jahresdurchschnitt ab. Der kräftige Anstieg der Umsätze am Ende des ersten Quartals steht mit den Osterfeiertagen in Zusammenhang. Die zunehmende Belebung des Geschäfts bis in die Mitte des Jahres hinein ist u. a. darauf zurückzuführen, daß nach und nach immer mehr Urlaubsgäste aus dem In- und Ausland nach Schleswig-Holstein einströmen. Hinzu kommt eine im Verlauf der Zeit wachsende Nachfrage nach Textilien und Ausrüstungsgegenständen für den bevorstehenden Urlaub. Im August geht der Fremdenverkehr meistens schon wieder zurück. Daher läßt auch die Geschäftstätigkeit im Einzelhandel nach. Außerdem hat der Urlaub die Ersparnisse zum größten Teil aufgezehrt. Das letzte Quartal steht ganz im Zeichen des Weihnachtsgeschäfts. Wenn auch ein großer Teil der Weihnachtseinkäufe in die Monate Oktober und November vorverlegt wird, so beginnt das eigentliche Weihnachtsgeschäft doch erst im Dezember.

Die Grundzüge der geschilderten Entwicklung haben sich in den vergangenen vier Jahren nicht geändert. Verändert hat sich dagegen das Niveau der Meßzahlenreihen. Diese Niveaushiftung ist vor allem auf die ständigen Preissteigerungen in den vergangenen Jahren zurückzuführen. Zum Teil verbergen sich dahinter aber auch Mengenänderungen.

Karlheinz König

Nähere Angaben sind im Statistischen Bericht G I I enthalten. Vergleiche auch: "Umsatz im Einzelhandel 1973" in Wirtschaft und Statistik 1974, S. 119 (Februar)

# STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

26. Jahrgang . Heft 4 . April 1974

## Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

### Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 529	2 554	2 564	2 565	2 566	2 580	2 580	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 473	1 370	1 406	661	864	1 112	1 112	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	7,0	6,4	6,5	3,0	4,4	5,2	5,1	...	...
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 794	2 440	2 258	2 249	2 077	2 004	2 065	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	13,3	11,5	10,4	10,3	10,6	9,5	9,4	...	...
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 663	2 730	2 847	2 912	2 562	2 734	2 948	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,8	13,1	13,4	13,0	12,9	13,5	...	...
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	57	49	53	48	41	37	51	...	...
*	je 1 000 Lebendgeborene	20,5	19,9	23,5	21,3	19,7	18,5	24,7	...	...
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	+ 131	- 290	- 589	- 663	- 485	- 730	- 883	...	...
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	+ 0,6	- 1,4	- 2,7	- 3,0	- 2,5	- 3,4	- 4,0	...	...
Wanderungen										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 013	8 527	7 354	8 257	7 035	7 377	6 169	...	...
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 425	6 530	6 536	6 744	5 251	6 594	5 698	...	...
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 2 588	+ 1 997	+ 818	+ 1 513	+ 1 784	+ 783	+ 471	...	...
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 288	10 400	10 910	10 829	8 896	10 423	9 457	...	...
Wanderungsfälle	Anzahl	25 726	25 456	24 800	25 830	21 182	24 394	21 324	...	...
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	171	168	164	168	153	164	140	...	...
Arbeitslage										
*Arbeitslose	1 000	9	12	15	19	18	19	27	34	34
darunter *Männer	1 000	5	7	8	11	10	10	16	21	21
Offene Stellen	1 000	22	19	15	16	19	14	11	12	14
darunter für Männer	1 000	13	11	10	11	12	10	7	8	9
Landwirtschaft										
Viehbestand										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 364 <sup>a</sup>	1 421 <sup>a</sup>	1 421	.	.	.	1 496	.	.
darunter *Milchkühe	1 000	477 <sup>a</sup>	498 <sup>a</sup>	498	.	.	.	504	.	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	477 <sup>a</sup>	498 <sup>a</sup>	498	.	.	.	504	.	.
*Schweine	1 000	1 667 <sup>a</sup>	1 598 <sup>a</sup>	1 598	.	.	.	1 659	.	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	169 <sup>a</sup>	161 <sup>a</sup>	161	.	.	.	168	.	.
darunter *trächtig	1 000	106 <sup>a</sup>	100 <sup>a</sup>	100	.	.	.	111	.	.
Schlachtungen von Inlandtieren										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	35	29	25	29	22	47	29	35	28
*Kälber	1 000 St.	2	2	1	2	2	1	1	2	2
*Schweine	1 000 St.	209 <sup>b</sup>	205 <sup>c</sup>	211	208	182	215	197	221	187
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	9 <sup>b</sup>	8 <sup>c</sup>	14	14	10	12	12	13	9
*Schlachtungsmengen <sup>5)</sup> aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	25,1	23,7	22,8	24,1	20,3	28,8	22,4	26,4	22,0
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,5	7,2	6,3	7,6	5,8	11,6	7,2	9,0	7,2
*Kälber	1 000 t	0,2	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,2
*Schweine	1 000 t	16,4	16,3	16,3	16,3	14,3	17,1	15,1	17,3	14,6
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	243	257	265	269	265	266	262	268	268
Kälber	kg	66	78	91	91	93	98	100	97	98
Schweine	kg	82	83	83	84	83	84	82	83	82
Geflügel										
Eingelegte Bruteier <sup>6)</sup>	1 000	580	518	169	554	609	520	467	527	614
	1 000	825	877	888	879	819	949	581	934	741
*für Legehennenküken	1 000	825	877	888	879	819	949	581	934	741
*für Masthühnerküken	1 000	825	877	888	879	819	949	581	934	741
*Geflügelfleisch <sup>7)</sup>	1 000 kg	755	843	774	911	692	785	666	910	471
*Milcherzeugung										
1 000 t	174	178	167	180	178	138	168	185	181	181
darunter *an Meiereien geliefert	%	92	92	92	93	93	93	92	93	93
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	11,0	11,5	12,7	9,2	10,8	11,8	12,9

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1971/72 = 12

c) Winterhalbjahr 1972/73 = 11

# noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie <sup>8)</sup>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	191	188	186	186	187	189	186	185	186
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	143	139	138	137	138	139	137	136	136
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	23 229	22 242	21 651	22 250	22 062	23 942	20 666	21 743	21 851
*Löhne (brutto)	Mill. DM	173,7	185,9	198,6	195,0	184,9	246,2	218,5	208,0	190,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	75,8	85,0	98,9	89,3	88,5	117,0	117,4	100,0	96,9
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>9)</sup>	26	20	24	25	26	31	34	31	31
*Gasverbrauch (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	13,0	13,3	15,4	15,9	15,3	15,8	16,6	14,7	15,7
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. cbm	4,2	4,0	4,1	3,8	3,9	3,0	3,9	3,1	5,0
*Erd- und Erdölgas	Mill. cbm	8,8	9,4	11,2	12,1	11,4	12,8	12,7	11,6	10,7
*Heizölverbrauch	1 000 t	94	95	102	108	99	117	108	104	98
*leichtes Heizöl	1 000 t	19	20	25	29	25	24	23	23	22
*schweres Heizöl	1 000 t	75	75	77	79	74	93	86	81	75
*Stromverbrauch	Mill. kWh	160	165	168	171	167	192	173	168	174
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	38	36	33	47	47	41	37
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) <sup>10)</sup>	Mill. DM	1 197	1 273	1 469	1 236	1 282	1 686	1 655	1 504	1 434
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	165	200	217	162	267	243	352	238	238
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1962=100	169	172	191	160	176	205	181	176	188
*Bergbau	1962=100	119	109	104	106	104	97	95	96	96
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1962=100	198	179	173	163	191	216	167	178	212
*Investitionsgüterindustrie	1962=100	183	192	239	177	200	233	220	208	225
*Verbrauchsgüterindustrie	1962=100	191	208	248	198	209	245	228	200	212
*Nahrungs- und Genußmittelindustrie	1962=100	131	134	138	127	132	157	136	137	130
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1962=100	135	144	156	123	125	140	89	119	131
Handwerk (Meßziffern) <sup>11)</sup>										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1962=100	95	95	95	.	.	.	...	.	.
*Umsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1962=100	171	196	244	.	.	.	...	.	.
darunter *Handwerkumsatz	Vj. -D 1962=100	178	207	265	.	.	.	...	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	272	266	301	303	266	304	321	343	.
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	488	545	640	678	601	655	691	698	.
*Gaserzeugung (brutto) (H <sub>0</sub> = 8 400 kcal/cbm)	Mill. cbm	9	11	16	17	15	11	13	12	10
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	63 049	61 896	60 713	60 299	59 829	59 324	57 567	56 368	55 310
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	8 713	8 347	7 928	7 227	6 629	7 505	4 332	6 669	6 654
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 766	3 774	4 194	3 487	3 130	3 303	1 901	2 939	2 928
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 258	1 347	1 142	1 245	1 192	1 287	805	1 107	1 126
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	3 484	3 047	2 446	2 330	2 183	2 672	1 505	2 457	2 456
*Löhne (brutto)	Mill. DM	78,2	83,2	84,6	77,9	68,5	88,3	57,4	76,1	74,5
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	8,4	9,7	13,6	9,6	9,4	13,3	14,4	10,9	10,5
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	217,3	256,4	485,1	261,3	157,4	296,5	452,0	179,2	152,1

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

# noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	977	991	771	730	821	620	439	421	499
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	865	874	685	622	719	557	400	376	437
*umbauter Raum	1 000 cbm	1 096	1 124	806	1 016	949	715	442	572	556
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	157 576	180 223	135 856	174 819	149 025	126 037	80 028	92 730	100 001
*Wohnfläche	1 000 qm	209	212	155	194	168	136	85	112	102
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)										
*umbauter Raum	1 000 cbm	157	158	136	139	135	174	104	114	113
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	698	716	608	767	539	740	372	378	316
*Nutzfläche	1 000 qm	72 917	79 651	77 402	113 983	64 734	101 480	31 526	54 137	43 170
		126	126	110	144	91	146	63	80	57
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 880	2 854	1 882	2 480	2 090	1 702	1 042	1 668	1 262
Baufertigstellungen										
Wohnungen 12)	Anzahl	2 356	2 629	17 088	800	819	2 479	20 226	608	714
Wohnräume	Anzahl	9 876	10 797	70 023	3 102	3 608	10 704	74 330	2 766	2 664
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	214,6	251,0	352,7	182,3	286,7	427,0	308,6	432,8	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	29,2	27,2	29,3	30,0	29,8	37,3	26,3	48,3	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	185,4	223,8	323,4	152,2	256,9	389,7	282,3	384,6	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	3,7	4,8	5,1	5,7	4,9	7,4	5,7	8,0	...
*Halbwaren	Mill. DM	11,5	9,9	8,7	15,5	15,2	28,0	18,9	39,3	...
*Fertigwaren	Mill. DM	170,2	209,2	309,7	131,0	236,8	354,3	257,6	337,2	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	15,7	16,4	18,4	17,7	21,1	22,5	20,9	25,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	154,5	192,7	291,3	113,3	215,7	331,8	236,8	311,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	65,4	68,6	84,8	95,2	130,0	147,9	119,9	256,3	...
darunter Italien	Mill. DM	19,9	20,1	27,2	20,9	15,5	25,4	20,4	20,3	...
Niederlande	Mill. DM	21,9	22,8	22,8	19,7	23,4	26,8	25,5	161,2	...
ab Januar 1973										
Dänemark	Mill. DM	17,0	17,3	20,0	18,1	14,0	26,4	25,5	23,3	...
Großbritannien	Mill. DM	12,6	40,3	95,7	6,7	44,6	32,9	10,7	16,0	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	58,6	89,9	149,4	28,6	34,8	155,4	89,9	61,6	...
darunter Norwegen	Mill. DM	3,9	5,0	4,9	4,1	4,9	121,0	6,5	19,1	...
Schweden	Mill. DM	8,3	8,3	10,0	7,8	10,3	13,5	65,3	18,9	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	32 015	.	.	.	.	.	.	.	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	36 934	.	.	.	.	.	.	.	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	114,7	124,7	168,2	112,3	111,1	144,1	172,3	121,2	...
*Index der Gastgewerbesumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	103,1	111,5	93,5	78,3	73,3	86,3	99,3	81,5	82,4
Fremdenverkehr in 135 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	190	187	72	64	69	p 79	p 68	p 64	p 72
darunter *von Auslandsgästen	1 000	19	18	8	6	8	p 9	p 6	p 5	p 7
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 546	1 537	258	239	244	p 285	p 264	p 248	p 272
darunter *von Auslandsgästen	1 000	40	41	17	14	17	p 19	p 14	p 13	p 16
Seeschifffahrt 13)										
Güterempfang	1 000 t	1 014	1 053	1 075	1 195	1 016	1 030	1 267	...	...
Güterversand	1 000 t	282	307	334	332	320	509	740	...	...
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	253	243	256	218	207	278	212	246	237
*Güterversand	1 000 t	387	362	289	172	219	364	237	300	276
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge										
darunter Krafträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	8 001	8 122	5 983	7 628	8 970	5 301	3 381	4 689	...
*Personenkraftwagen 14)	Anzahl	36	63	12	22	60	18	10	33	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	7 126	7 234	5 297	6 867	8 128	4 769	2 933	4 154	...
	Anzahl	471	445	341	425	445	255	206	261	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 436	1 502	1 513	1 175	1 312	1 518	1 185	966	p 891
*Getötete Personen	Anzahl	76	71	68	61	61	86	36	30	p 39
*Verletzte Personen	Anzahl	1 972	2 023	1 980	1 490	1 732	1 984	1 516	1 207	p 1 106

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

**noch: Monats- und Vierteljahreszahlen**

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt <sup>d)</sup>		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>15)</sup>										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	17 984	20 540	20 540	20 602	20 835	22 627	23 133	23 208	23 319
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	17 280	19 793	19 793	19 834	20 068	21 889	22 352	22 418	22 538
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 933	4 466	4 466	4 364	4 487	4 745	4 903	4 895	4 964
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	3 904	4 430	4 430	4 346	4 467	4 718	4 882	4 874	4 941
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	29	36	36	18	20	27	21	22	22
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	1 432	1 794	1 794	1 775	1 769	2 016	2 068	2 039	1 987
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 358	1 698	1 698	1 668	1 655	1 876	1 925	1 902	1 847
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	74	96	96	107	113	139	143	137	140
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	11 915	13 533	13 533	13 694	13 812	15 129	15 382	15 485	15 587
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	10 222	11 525	11 525	11 655	11 765	12 798	12 934	13 016	13 140
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 693	2 007	2 007	2 039	2 047	2 331	2 448	2 468	2 448
*Einlagen und aufgenommene Kredite <sup>16)</sup> von Nichtbanken										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	14 258	16 149	16 149	16 260	16 522	17 778	18 446	18 471	18 481
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	7 764	8 817	8 817	8 878	9 119	10 467	10 614	10 668	10 644
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 487	5 247	5 247	5 284	5 414	6 642	6 645	6 742	6 678
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 277	3 570	3 570	3 594	3 706	3 826	3 969	3 925	3 966
*Spareinlagen	Mill. DM	6 495	7 332	7 332	7 382	7 403	7 310	7 832	7 804	7 837
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 049	4 495	4 495	4 494	4 511	4 452	4 686	4 664	4 686
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	353	395	718	537	350	368	812	...	...
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	296	326	401	487	329	359	413	...	...
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	12	13	22	9	9	17	39	20	12
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,7	0,9	2	1	2	3	3	4	1
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	357	393	399	406	307	517	549	...	...
*Wechselsumme	Mill. DM	1,064	1,131	1,010	1,131	0,643	2,692	1,667	...	...
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten										
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	266 929	314 873	543 659	355 821	328 225	426 521	616 629	405 996	356 880
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	186 345	221 614	443 662	225 277	207 756	328 344	527 352	293 907	214 016
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	126 774	149 077	227 738	185 421	185 695	316 893	255 681	239 484	201 822
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	45 774	58 557	186 343	29 592	11 324	-10 199	235 918	37 029	1 370
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	1 651	1 700	1 861	4 253	1 652	491	615	6 352	1 771
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	12 147	12 280	27 720	6 011	9 084	21 159	35 138	11 042	9 053
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	80 583	93 259	99 997	130 544	120 469	98 177	89 277	112 089	142 865
*Umsatzsteuer	1 000 DM	59 882	69 991	73 565	106 328	93 800	68 488	61 948	85 417	106 326
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	20 702	23 268	26 432	24 216	26 669	29 689	27 329	26 673	36 539
*Bundessteuern	1 000 DM	90 364	101 340	141 221	56 648	106 261	133 726	172 386	110 745	132 648
*Zölle	1 000 DM	9 428	10 910	12 141	11 393	10 796	10 741	10 654	9 105	9 811
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	75 362	85 163	118 618	40 658	88 898	118 887	148 975	96 027	115 825
*Landessteuern	1 000 DM	25 763	28 267	22 353	30 118	38 878	39 731	20 734	32 689	37 065
*Vermögensteuer	1 000 DM	5 272	5 272	1 236	801	15 317	16 830	1 674	2 202	14 566
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	14 462	16 236	14 472	22 761	15 671	16 762	12 276	24 335	16 091
*Biersteuer	1 000 DM	1 013	1 018	977	1 004	691	655	755	987	729
*Gemeindesteuern im Vierteljahr	1 000 DM	140 471 <sup>+</sup>	156 174 <sup>+</sup>	175 344	.	.	.	209 655	.	.
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	6 949 <sup>+</sup>	7 177 <sup>+</sup>	6 955	.	.	.	6 698	.	.
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	22 200 <sup>+</sup>	24 119 <sup>+</sup>	22 855	.	.	.	25 421	.	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (brutto) 20)	1 000 DM	86 515 <sup>+</sup>	97 117 <sup>+</sup>	116 531	.	.	.	146 040	.	.
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	12 259 <sup>+</sup>	14 210 <sup>+</sup>	14 804	.	.	.	16 248	.	.
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	227 530	257 467	417 769	239 351	252 732	288 229	482 359	291 505	295 194
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	74 647	88 868	192 845	92 726	67 802	90 688	229 264	103 925	72 487
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	56 408	60 653	65 004	84 854	78 305	63 815	58 030	70 616	90 005
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	18 698	5 124	365	.	22 680	6 219	55
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	174 664	201 260	303 790	226 084	225 504	287 173	348 011	265 613	234 816
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	86 188	102 089	192 845	101 438	107 738	183 099	229 264	146 175	108 713
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 21)	1 000 DM	56 603	64 297	69 894	89 404	78 524	64 343	75 333	80 530	88 982
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	6 110	6 607	18 698	5 124	365	.	22 680	6 219	55
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	185 026 <sup>+</sup>	207 218 <sup>+</sup>	274 814	.	.	.	338 824	.	.
*Gewerbesteuer										
nach Ertrag und Kapital (netto) 22)	1 000 DM	43 261 <sup>+</sup>	57 480 <sup>+</sup>	38 552	.	.	.	53 575	.	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	87 810 <sup>+</sup>	90 682 <sup>+</sup>	177 450	.	.	.	221 634	.	.

Fußnoten siehe nächste Seite

# noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1971	1972	1972/73			1973/74			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	106,7	106,6	112,7	116,7	117,5	136,7	143,6	155,0	...
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	121,6	124,5	126,3	128,9	130,4	138,0	140,0	146,3	...
Grundstoffpreise 23)	1962=100	105,2	108,9	112,5	114,2	115,3	127,6	130,6	137,1	...
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte 23)	1962=100	112,5 <sup>e</sup>	116,1 <sup>f</sup>	118,2	119,5	120,7	127,3	128,3	131,8	134,8
landwirtschaftlicher Produkte 23)	1961/63=100	106,5 <sup>e</sup>	118,7 <sup>f</sup>	120,1	120,4	121,4 <sup>p</sup>	123,0 <sup>p</sup>	124,7 <sup>p</sup>	120,6 <sup>p</sup>	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude 24)	1962=100	162,7	174,3	.	.	180,3 <sup>r</sup>	189,8	.	.	...
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) 23)	1962/63=100	116,5 <sup>e</sup>	127,3 <sup>f</sup>	125,2	127,8	130,7	135,3	138,3	140,6	...
Einzelhandelspreise	1962=100	118,0	123,7	126,8	127,9	128,7	134,4	135,0	136,3	137,4
*Preisindex für die Lebenshaltung 25)	1970=100	105,3	111,1	114,0	115,2	116,0	121,8	122,9	123,7	124,8
darunter für										
*Nahrungs- und Genußmittel	1970=100	103,8	109,7	113,4	114,8	115,6	119,1	120,0	121,4	121,8
Kleidung, Schuhe	1970=100	105,9	112,3	115,4	116,4	117,2	124,2	124,5	125,3	126,2
Wohnungsmieten	1970=100	106,1	112,5	115,1	116,5	116,9	121,3	121,6	122,6	123,2
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	105,4	110,1	114,8	117,0	118,5	149,9	161,3	153,4	156,1
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	105,3	109,7	111,6	113,3	113,5	116,3	117,0	118,9	119,8
Löhne und Gehälter 26)										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	337	369	.	370	.	.	.	...	.
darunter *Facharbeiter	DM	359	390	.	393	.	.	.	...	.
*weibliche Arbeiter	DM	198	218	.	227	.	.	.	...	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	193	210	.	219	.	.	.	...	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	7,48	8,32	.	8,62	.	.	.	...	.
darunter *Facharbeiter	DM	7,94	8,84	.	9,15	.	.	.	...	.
*weibliche Arbeiter	DM	4,83	5,38	.	5,67	.	.	.	...	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	4,68	5,21	.	5,47	.	.	.	...	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	45,0	44,4	.	42,9	.	.	.	...	.
weibliche Arbeiter	Std.	41,0	40,5	.	40,0	.	.	.	...	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 638	1 792	.	1 918	.	.	.	...	.
*weiblich	DM	1 076	1 194	.	1 292	.	.	.	...	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	1 765	1 923	.	2 088	.	.	.	...	.
*weiblich	DM	1 088	1 218	.	1 292	.	.	.	...	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 412	1 533	.	1 692	.	.	.	...	.
*weiblich	DM	884	953	.	1 068	.	.	.	...	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 598	1 704	.	1 713	.	.	.	...	.
weiblich	DM	( 991)	(1 112)	.	.	.	.	.	...	.
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 484	1 615	.	1 760	.	.	.	...	.
weiblich	DM	938	1 019	.	1 122	.	.	.	...	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 755	1 909	.	2 055	.	.	.	...	.
weiblich	DM	1 085	1 213	.	1 293	.	.	.	...	.

\*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1967 weniger als 5 Mill. DM betrug sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

19) einschließlich Grundsteuerbeiträgen für Arbeiterwohnstätten

18) Grundsteuerbeiträge abgeglichen

20) Gewerbesteuerzuschüsse abgeglichen

21) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28. 8. 1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30. 1. 1970

22) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

23) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

24) nur Neubau

25) alle privaten Haushalte

26) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Geld und Kredit: Stand 31. 12.

e) Wirtschaftsjahr 1971/72 (Juli-Juni)

f) Wirtschaftsjahr 1972/73 (Juli-Juni)



# Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr <sup>2)</sup>			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)  in 1 000	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen  in 1 000	ins- gesamt	in EWG- Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerb- lichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		ins- gesamt  in 1 000	im sozialen Woh- nungs- bau in %						ins- gesamt	Auslands- gäste	ins- gesamt	Auslands- gäste
Mill. DM				in 1 000								
1968	24	24	29	845	1 905	545	667	1 722	2 048	238	15 602	473
1969	28	23	24	868	2 159	656	707	1 901	2 151	235	16 856	466
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar- einlagen am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs- opfer- fürsorge
	ins- gesamt	Kraft- räder	Pkw <sup>3)</sup>	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	ins- gesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
1968	596	10	478	38	14 877	769	20 246	4 744	117,8	39,7	34,0	12,7
1969	636	8	516	39	15 153	778	20 619	5 295	124,8	41,4	31,7	11,6
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	...	22,9

Jahr	Steuern									Neuverschuldung <sup>5)</sup>		
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer				insgesamt	Kreditmarktmittel
	Mill. DM											
1968	1 964	1 161	479	586	1 442	701	571	749	340	2 361	1 461	1 089
1969	2 308	1 354	559	805	1 649	869	586	795	409	2 431	1 580	1 100
1970	2 425	1 685	590	867	1 805	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 096	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 090	2 415	829	1 119	2 456	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude  1962=100	für die Lebenshaltung <sup>6)</sup> 1962=100		Industriearbeiter <sup>9)</sup>		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst	
						Bruttowochenlohn		Bruttomonatsgehalt			Bruttomonatsgehalt <sup>10)</sup>	
	indu- strieller Produkte 7) 1962=100	landwirt- schaftlicher Produkte 7) 8) 1961/63 =100		ins- gesamt	Nahrungs- und Genuß- mittel	Männer	Frauen	kaufmännische Angestellte		techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)
								Männer	Frauen	Männer		
						DM						
1968	99,3	102,6	120,8	116,1	111,1	235	143	1 110	705	1 284	1 348	953
1969	101,5	106,2	127,2	119,3	114,2	259	157	1 208	758	1 398	1 449	1 021
1970	107,5	98,1	147,4	123,7	117,4	297	178	1 329	839	1 572	1 589	1 133
1971	112,5	106,5	162,7	130,4	122,6	337	198	1 484	938	1 755	1 724	1 236
1972	116,1	106,5	174,3	137,9	130,2	369	218	1 615	1 019	1 909	1 830	1 323

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

5) ohne Kassenkredite

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

# Kreiszahlen

KREISFREIE STADT  Kreis	Bevölkerung am 30. November 1973			Bevölkerungsveränderung im November 1973			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1974	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw <sup>2)</sup>
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
		in %						
FLENSBURG	93 608	- 0,2	- 0,7	- 29	- 123	- 152	26 254	23 908
KIEL	265 524	+ 0,0	- 1,0	- 118	249	131	74 782	68 046
LÜBECK	236 124	- 0,1	- 0,8	- 93	- 101	- 194	61 598	55 321
NEUMÜNSTER	86 372	- 0,1	- 0,1	3	- 73	- 70	25 713	22 926
Dithmarschen	133 134	- 0,1	- 0,6	- 54	- 134	- 188	46 765	36 278
Flensburg-Land	75 859	+ 0,2	+ 0,9	- 17	163	146	29 774	23 206
Hzgt. Lauenburg	150 155	+ 0,0	+ 1,6	- 27	32	5	47 610	40 206
Nordfriesland	161 503	- 0,2	+ 0,6	- 31	- 292	- 323	58 971	46 847
Ostholstein	186 283	- 0,1	+ 1,0	- 97	- 22	- 119	60 598	50 259
Pinneberg	253 007	- 0,1	+ 1,2	- 69	- 81	- 150	80 428	70 073
Plön	113 045	- 0,0	+ 1,5	- 20	5	- 15	40 063	32 812
Rendsburg-Eckernförde	233 971	+ 0,2	+ 1,5	- 64	489	425	79 806	64 882
Schleswig	101 454	- 0,0	- 0,0	- 47	10	- 37	36 610	28 875
Segeberg	187 484	+ 0,2	+ 3,2	2	389	391	69 799	58 564
Steinburg	132 780	+ 0,0	- 0,4	- 29	52	23	43 875	35 300
Stormarn	169 707	+ 0,1	+ 2,0	- 40	220	180	56 750	49 150
Schleswig-Holstein	2 580 010	+ 0,0	+ 0,6	- 730	783	53	839 396	706 653

KREISFREIE STADT  Kreis	Industrie <sup>3)</sup>			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1974 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31. Januar 1974	Beschäftigte am 31. Januar 1974	Umsatz <sup>4)</sup> im Januar 1974 in Mill. DM	Unfälle	Getötete <sup>5)</sup>	Verletzte
FLENSBURG	66	9 226	76	35	-	40
KIEL	143	30 111	144	83	2	101
LÜBECK	141	28 839	213	90	2	114
NEUMÜNSTER	72	10 499	56	46	2	52
Dithmarschen	61	6 333	164	53	4	64
Flensburg-Land	a	a	a	19	2	18
Hzgt. Lauenburg	102	9 487	52	50	4	57
Nordfriesland	46	2 547	32	48	3	68
Ostholstein	76	6 237	46	51	5	66
Pinneberg	236	23 536	166	82	1	98
Plön	39	2 574	23	32	5	41
Rendsburg-Eckernförde	125	11 271	79	88	2	121
Schleswig	a	a	a	35	1	41
Segeberg	176	13 993	108	69	3	87
Steinburg	94	10 461	91	51	2	64
Stormarn	134	15 875	198	59	1	74
Schleswig-Holstein	1 577	185 365	1 504	891	39	1 106

1) nach dem Gebietsstand vom 30. November 1973

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

a) Angaben für den neuen Kreis Schleswig-Flensburg (Gebietsstand ab 24. 3. 1974): 66 Betriebe, 4 376 Beschäftigte, 58 Mill. DM Umsatz

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 131 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

# Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1973			Offene Stellen am 31.1. 1974	Kuhmilcherzeugung im Januar 1974			*Viehbestände (vorläufiges Ergebnis)		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.12.1973	Rindvieh am 3.12.1973	
		VZ 1961	Vor- jahres- quartal						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
				in 1 000		in %				
Schleswig-Holstein	2 580	+ 11,3	+ 0,7	12	185	93,4	11,8	1 589	1 466	493
Hamburg	1 755	- 4,2	- 0,9	13	1	92,5	11,1	13	16	4
Niedersachsen	7 254	+ 9,2	+ 0,6	31	359	90,3	11,4	5 823	2 912	1 030
Bremen	731	+ 3,5	- 0,6	5	2	83,2	11,5	6	16	5
Nordrhein-Westfalen	17 241	+ 8,4	+ 0,4	87	223	92,7	10,3	4 349	1 927	696
Hessen	5 576	+ 15,8	+ 0,9	29	104	83,1	10,0	1 481	929	344
Rheinland-Pfalz	3 703	+ 8,4	+ 0,4	15	73	83,3	9,4	774	693	251
Baden-Württemberg	9 238	+ 19,1	+ 1,0	53	200	78,9	9,0	2 162	1 877	722
Bayern	10 848	+ 14,0	+ 0,8	48	552	87,8	9,2	4 081	4 466	1 930
Saarland	1 115	+ 3,9	- 0,5	3	9	83,7	9,9	72	71	28
Berlin (West)	2 050	- 6,7	- 1,1	11	0	24,2	15,2	7	2	1
Bundesgebiet	62 089	+ 10,5	+ 0,5	308	1 708	88,0	10,0	20 356	14 374	5 503

Land	Industrie <sup>1)</sup>				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1973			
	Beschäftigte am 31. 12. 1973  in 1 000	Umsatz <sup>2)</sup> im Dezember 1973		Produk- tions- index 3) 1962=100 im Dezember 1973	Beschäftigte am 30. November 1973		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz  in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	186	1 655	21	181	59	23	1 702	6,6	2 479	9,6
Hamburg	192	2 328	23	129	42	24	1 223	7,0	1 766	10,1
Niedersachsen	772	5 372	24	155	170	23	4 875	6,7	6 712	9,3
Bremen	101	1 131	17	.	20	28	287	3,9	636	8,7
Nordrhein-Westfalen	2 563	18 427	24	155	370	21	12 280	7,1	15 441	9,0
Hessen	734	4 555	27	185	136	24	4 445	8,0	1 885	3,4
Rheinland-Pfalz	405	3 227	28	265	87	23	2 413	6,5	3 607	9,7
Baden-Württemberg	1 580	9 835	23	191	238	26	6 592	7,1	12 366	13,4
Bayern	1 391	8 426	23	.	296	27	7 005	6,5	21 875	20,2
Saarland	166	944	36	181	22	20	498	4,5	715	6,4
Berlin (West)	231	1 465	12	.	42	20	1 725	8,4	1 648	8,0
Bundesgebiet	8 321	57 366	24	183	1 482	24	43 045	6,9	69 130	11,1

Land	*Kfz-Bestand <sup>4)</sup> am 1. Juli 1973			Straßenverkehrsunfälle <sup>6)</sup> mit Personenschaden im Dezember 1973				Bestand an Spar- einlagen am 31.12. 1973 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen		
	ins- gesamt	Pkw <sup>5)</sup>		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		des Landes	des Bundes	der Gemeinden
		Anzahl	je 1 000 Einwohner								
									in 1 000		in DM je Einwohner
Schleswig-Holstein	837	704	274	1 185	36	1 516	131	3 036	328	409	...
Hamburg	537	488	278	736	26	943	132	5 736	527	2 734	...
Niedersachsen	2 368	1 974	273	2 943	168	3 966	140	3 722	319	333	...
Bremen	217	195	267	298	10	344	119	4 322	385	1 348	...
Nordrhein-Westfalen	5 160	4 586	266	5 824	239	7 603	135	4 311	366	538	...
Hessen	1 909	1 640	295	1 979	71	2 723	141	4 833	380	518	...
Rheinland-Pfalz	1 249	1 025	277	1 309	62	1 786	141	3 975	330	389	...
Baden-Württemberg	3 130	2 636	286	2 979	170	4 110	144	4 517	377	538	...
Bayern	3 744	2 985	276	3 298	167	4 762	149	4 599	525	427	...
Saarland	336	297	267	387	20	529	142	3 654	311	349	...
Berlin (West)	501	454	221	1 060	32	1 323	128	3 897	276	813	...
Bundesgebiet	20 072 <sup>a</sup>	17 023 <sup>a</sup>	274	21 998	1 001	29 605	139	4 312	356	557	...

\*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

7) ohne Postspareinlagen

a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundesbahn und -post

Gedruckt im Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein

# Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

Heft/Seite

## Bildung und Kultur

Fachhochschulstudenten . . . . . 3/56

## Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Betriebssysteme Landwirtschaft . . . . . 1/9

Zur Getreideernte 1973 . . . . . 2/33

## Unternehmen und Arbeitsstätten

Kapitalgesellschaften . . . . . 2/43

## Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen

Auftragslage im Baugewerbe . . . . . 1/18

Bauhauptgewerbe . . . . . 3/63

## Verkehr

Güterumschlag in den Häfen . . . . . 2/37

## Öffentliche Finanzen

Lohnsteuerpflichtige . . . . . 2/48

Vermögensteuer . . . . . 3/66

## Löhne und Gehälter

Zur Reallohnentwicklung . . . . . 2/26

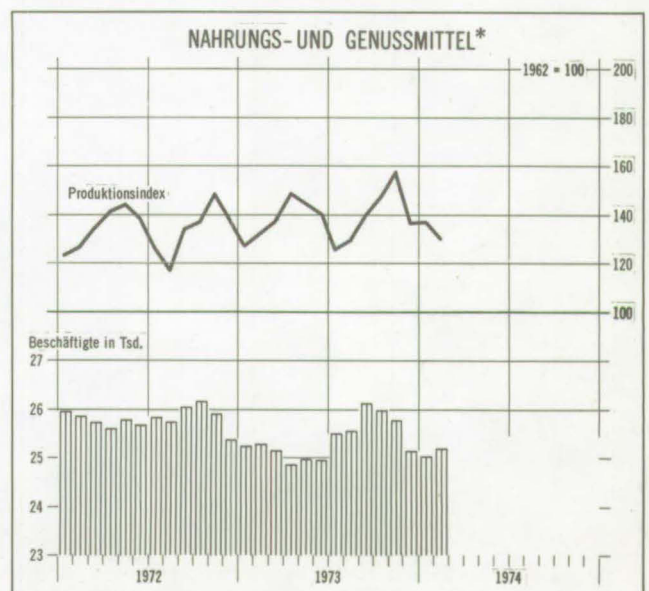
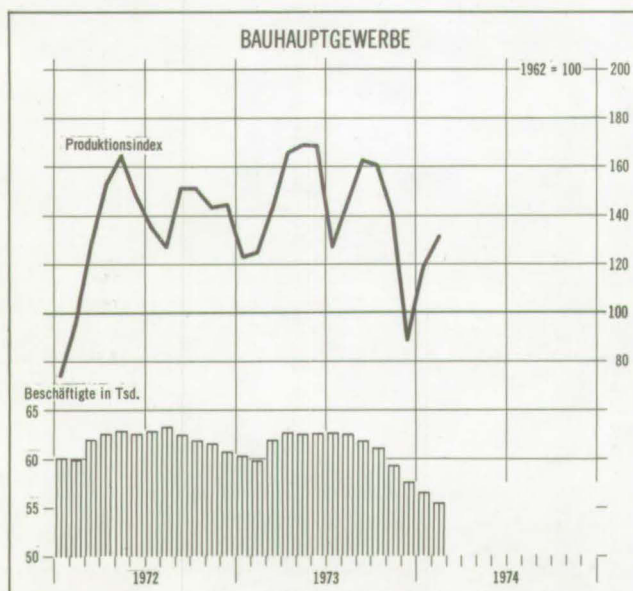
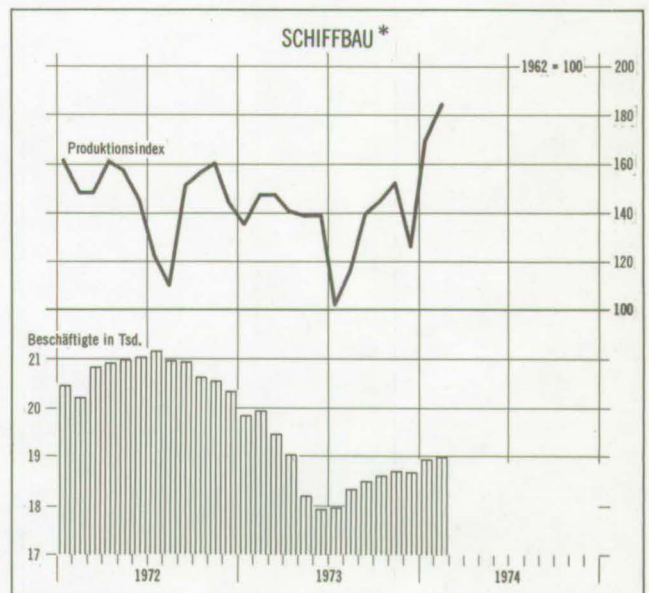
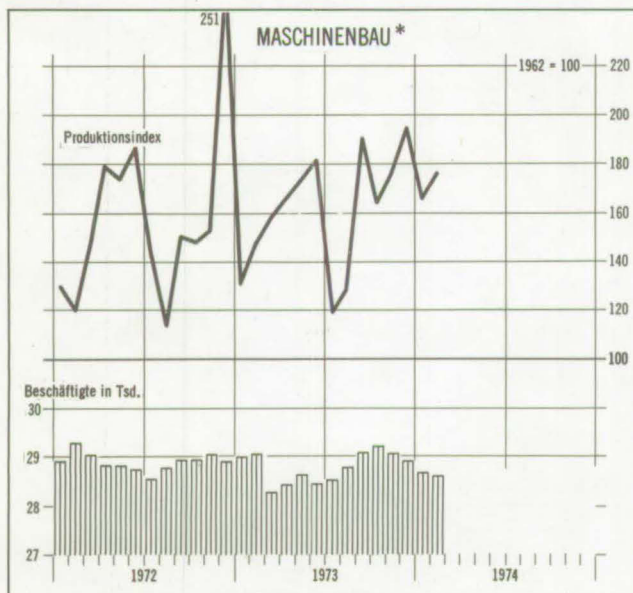
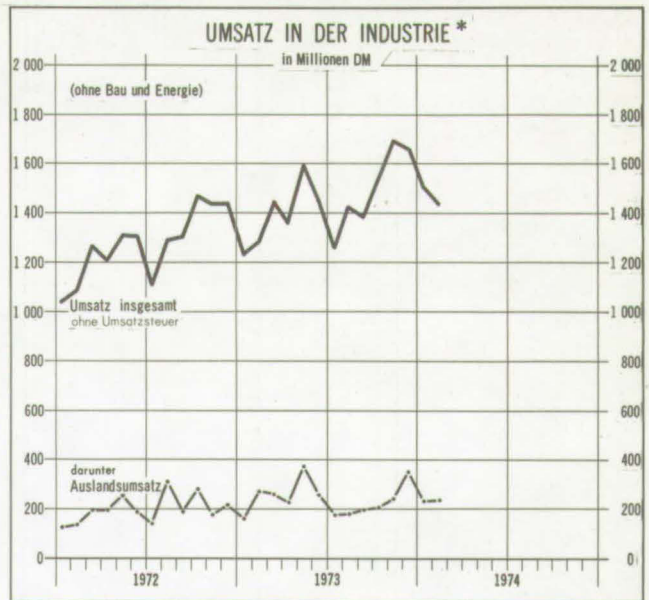
## Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Bruttoinlandsprodukt, Kreise . . . . . 1/3

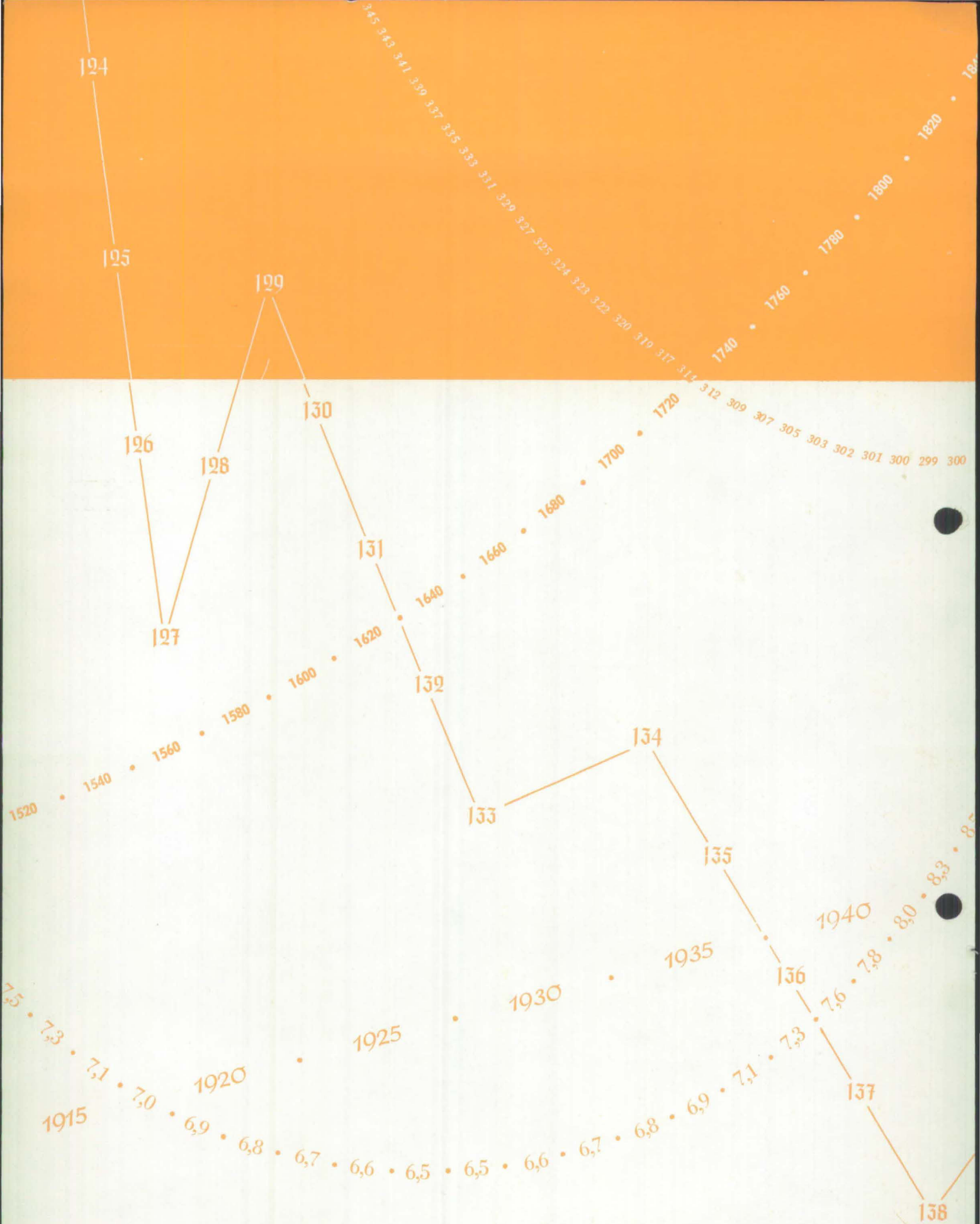
Bruttoinlandsprodukt . . . . . 3/51

## SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeitervdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



\*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korschey

Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen